

# **b** unabhängige **auernstimme**



Statt immer mehr Formalismus braucht es ein finanziell gut ausgestattetes Umbauprogramm: Artgerechte Tierhaltung für mehr Ringelschwänze



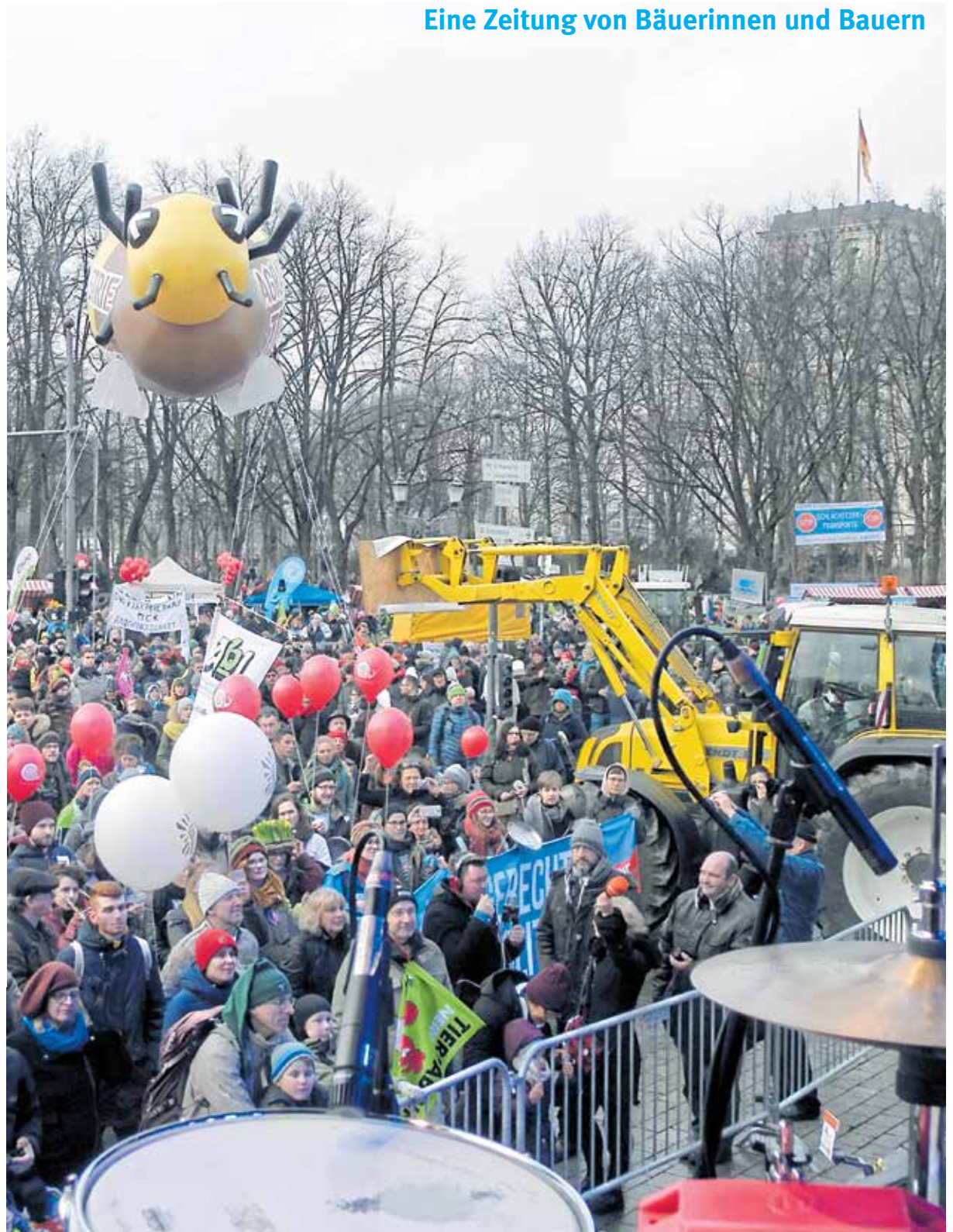
Rente, Hofübergabe und Testament – diese Themen sollten schon frühzeitig angegangen werden, auch wenn die Hofbesitzer sich noch jung fühlen.



Foto: Wolfgang\_pixelio

Lange hat die Politik immer größere Ställe mit immer mehr Gülle gefördert. Die Maßnahmen zur Nitratreduktion treffen jetzt alle Betriebe

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



## **Für Bauern und Bienen**



**Die Seite 3**

„Rente beantragen und die Hofübergabe organisieren“ . . . . .3



**Agrarpolitik**

„Wir wollen einen flächendeckenden Ökolandbau“ . . . . .4  
 System Werkvertrag schlachten . . . . .5  
 Sehenden Auges ins Düngedisaster . . . . .6  
 Tschechiens Premier, Politik und Geschäft . . . . .14  
 Peitsche statt Zuckerbrot. . . . .17



**Bewegung**

Absatzfonds abschaffen . . . . .8  
 Zollenspelz nützlich für Bauern? . . . . .10  
 Für Ernährungssouveränität in Nordamerika . . . . .18  
 „Wir sind das Investitionsrisiko“ . . . . .19



**Markt**

Nationaler Aktionsplan Kupierverzicht . . . . .10  
 Das Auge macht den Unterschied . . . . .11



**Schwerpunkt**

Volksbegehren zwingt zum Handeln . . . . .12  
 Kulturwandel statt Strukturwandel . . . . .12



Zu Besuch bei Gregor Kaiser und Ulrike Eggersglüß, Seite 9; Milch, Seite 6; Nachbau, Seite 15; Mitgliederversammlungen Seite 20/21; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



# Artenschutz mit Bäuerinnen, Bauern und Gesellschaft

Es ist eher ungewöhnlich, dass ein Volksbegehren auf Länderebene so hohe Wellen schlägt, dass darüber sogar in den überregionalen Medien berichtet wird. Beim bayerischen Volksbegehren „Rettet die Bienen“ war dies der Fall. Man konnte dem Thema „Artenvielfalt“ nicht mehr entkommen. Überall wurde – z. T. sehr heftig und kontrovers – diskutiert. Der Erfolg am Ende der Eintragungsfrist zeigt, dass Artenvielfalt und Artenschutz die Menschen bewegt. Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass jede/r Einzelne in irgendeiner Weise berührt und auch verantwortlich ist, dass aber in diesem Bereich keine Fortschritte erzielt werden können, wenn die verschiedenen Gruppen nicht miteinander in einem intensiven Austausch sind und über die Köpfe von möglicherweise Betroffenen hinweg entschieden wird. Ein solcher Austausch kann für alle Beteiligten sehr mühsam sein und manchmal ein hohes Maß an Kompromissbereitschaft verlangen, aber der Schutz unserer Lebensgrundlagen sollte uns dies wert sein.

Zwei Bereiche, die sehr viele Berührungspunkte und damit ein großes Konfliktpotential haben, sind Landwirtschaft und Naturschutz. Für die AbL ist schon lange klar, dass sich Naturschutz und Landwirtschaft nicht ausschließen müssen, sondern dass es gelingen kann, sich bei den unterschiedlichsten Fragestellungen auf eine brauchbare gemeinsame Ausgangsbasis zu einigen.

Eher „eindimensionale“ Ansätze wie Verbote, Fristen, Stichtage etc. werden aber nicht ausreichen, um mehr Artenschutz und Artenvielfalt zu erhalten. Dazu sind die Herausforderungen, die natürlichen Voraussetzungen oder einfach die Höfe zu vielfältig. Im Vertragsnaturschutz und in den Agrarumweltprogrammen wird es notwendig sein, stärker als bisher schon auf flexible Programme bzw. Programmbausteine zu setzen, um noch mehr Betriebe anzusprechen bzw. es mehr Betrieben zu ermöglichen, teilzunehmen. Bisher beschränken sich viele Maßnahmen auf „Flächen mit naturschutzfachlichem Wert“ oder eine bestimmte Gebietskulisse. In Zukunft muss es noch mehr Maßnahmen geben, die „in der Fläche“ wirksam werden können und im Idealfall sogar betriebsindividuell „maßgeschneiderte“ Lösungen möglich machen. Auch ist zu prüfen, ob eine Art Wahlpflichtsystem möglich ist, bei dem jeder Betrieb verpflichtet wird, Maßnahmen durchzuführen, die er aber nach seinen betrieblichen Möglichkeiten auswählen kann. Das wird es nicht zum Nulltarif geben können: Mehr naturschutzfachliche Beratung für die Betriebe wird nötig sein, und die Bäuerinnen und Bauern, die Leistungen erbringen, müssen angemessen entlohnt werden.

Eine entsprechende Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ist unabdingbar, um die Bemühungen für die Artenvielfalt auf Ebene der Regionen, Länder oder Mitgliedsstaaten zu unterstützen. Die Gelegenheit zum Einstieg wäre momentan günstig wie noch nie: Die Vorschläge der Kommission zur GAP 2020 ermöglichen es unter dem Begriff „Eco-Schemes“, in der ersten Säule gesellschaftlich erwünschte, ökologische Leistungen zu honorieren. Kriterien wie z. B. Schlaggröße, Fruchtfolge, Landschaftselemente, Verzicht auf synthetische Düngung oder Pflanzenschutzmittel, wie sie auch im Punktemodell der AbL aufgeführt sind, wären in dieses Schema gut einzupassen.

Wenn alle Beteiligten, also Politik, Landwirtschaft und Naturschutz, bereit wären zu Veränderungen, aber auch zu Kompromissen, dann könnte eine „runde Sache“ herauskommen, nicht nur für den Artenschutz und für die Artenvielfalt, sondern besonders auch für uns Bäuerinnen und Bauern – und für die ganze Gesellschaft.

*Elisabeth Waizenegger, Milchbäuerin im AbL-Bundesvorstand*

# „Rente beantragen und die Hofübergabe organisieren“

Ein Interview mit Iris Flentje, Beraterin der niedersächsischen Landwirtschaftskammer

**Unabhängige Bauernstimme: Sie beraten BetriebsleiterInnen, die vor der Entscheidung stehen, ihre Rente zu beantragen. Mit der Abschaffung der Hofabgabeklausel hat sich die rechtliche Situation deutlich verändert. In der Konsequenz ist es nicht mehr zwingend erforderlich, den Betrieb abzugeben, um rentenberechtigt zu sein. Welche Fristen gibt es aktuell zu berücksichtigen?**

Iris Flentje: Ganz aktuell gibt es eine Frist, die am 31. März endet. Wer zum Zeitpunkt des Urteils des Bundesverfassungsgerichts im September 2018 rentenberechtigt war, kann die Rente noch bis Ende März 2019 rückwirkend zum 1. September 2018 beantragen.

**Wie sieht es bei einem Betriebsleiter aus, der in der Vergangenheit auf seine Rente zugunsten der Weiterbewirtschaftung des Hofes verzichtet hat. Welche Fristen gilt es einzuhalten?**

Auch hier gilt der 31. März als letzte Möglichkeit für all diejenigen, die trotz Erreichen des Rentenalters und der notwendigen 180 Monate Beitragszeit in den vergangenen Jahren ihre Rente nicht beantragt hatten. Nach dem damaligen Recht bekamen diese Personen für jeden Monat, in dem die Rente nicht beansprucht wurde, einen Rentenzuschlag von 0,5 %. Wer jetzt noch seinen Rentenantrag stellt, kann diese Zuschläge, trotz der Beendigung der Regel zum Ende 2018, sichern.

**Welche Veränderungen kommen auf denjenigen zu, der seinen Betrieb trotz Rente weiter bewirtschaftet?**

Mit dem Urteil ist die Voraussetzung der Hofabgabe zur Rentenbewilligung weggefallen. Damit kann der Hof trotz Rente weiter bewirtschaftet werden. Allerdings wird der Landwirt für die Berechnung des Beitrags zur Krankenkasse und Pflegeversicherung als Unternehmer veranlagt. Das bedeutet, dass er neben den Beiträgen aus der Rente auch die Beiträge als landwirtschaftlicher Unternehmer, wie vor dem Rentenantrag, zahlt. Dazu kommen Beiträge aus allen gewerblichen Einnahmen, zum Beispiel aus PV-Anlagen und Windrädern. Das führt in der Regel zu einem höheren Beitragssatz als vorher. Lediglich der Beitrag zur Alterskasse entfällt mit dem Antrag auf Rente.

**Welche Empfehlungen geben Sie Bäuerinnen und Bauern, wenn sie sich mit ihrer Hofnachfolge auseinandersetzen?**

Die Hofnachfolge muss geregelt werden. Da kann eine kurzzeitige Weiterbewirtschaftung im Einzelfall helfen, grundsätzlich wird dadurch die Entscheidung, wie es weitergeht, aber nur hinausgeschoben. Hier in Norddeutschland ist die Verpachtung der Flächen für diejenigen, die keinen Hofnachfolger haben, eine Möglichkeit, den „Hof“ abzugeben. Die Fragen, wer erbt denn den Hof, bleibt damit aber auch noch unbeantwortet.

**Damit hört der Hof in seiner historisch gewachsenen Struktur aber auf zu existieren. Es bleibt nur noch ein nicht unbelebter Resthof ohne Flächen, die verpachtet oder verkauft sind.**

Der Betriebsleiter muss sich Gedanken machen, wo er mit seinem Hof bleibt. Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten. Die Übergabe innerhalb der Familie, aber auch eine außerfamiliäre Hofübergabe oder die Beteiligung an einer Kooperation als stiller Teilhaber sind einige da-

ein Testament machen. Das ist ein erster Schritt, bei dem man überlegt, was mit dem Besitz nach dem eigenen Ableben passieren soll. Niemand kann genau sagen, wann dieser Zeitpunkt eintritt. Das kann unter Umständen in der Folge eines Unfalls sehr plötzlich geschehen. Dann ist es für die Hinterbliebenen hilfreich, wenn sich jemand schon Gedanken gemacht hat. Aber auch, wenn man einen Hofnachfolger hat, sollte man die Übergabe aktiv frühzeitig gestalten. Wer seinen Hof erst mit 75 übergibt und dann in den nächsten Jahren zum Pflegefall wird, riskiert, dass der Übernehmer mit der Fläche und dem Gesamtbetrieb für die Pflege aufkommen muss. Hier braucht man klare Regelungen.

**Und wenn man keinen aktiven Hofnachfolger hat?**

In der Regel gibt es Kinder, die den Hof dann erben. Auch wenn es nie gelingt, allen gerecht zu werden, ist dies doch ein großes Anliegen. Die Frage, ob der

**Dinge müssen bedacht werden. Gerechtigkeit für die Erben, Versorgung der Altenteiler und dann noch die eigenen Vorstellungen, wie es im Optimalfall mit dem vielleicht schon über Generationen bewirtschafteten Betrieb weitergehen soll. Wo können sich die BetriebsleiterInnen zu ihrer persönlichen Situation beraten lassen und ist das überhaupt notwendig?**

Ich empfehle, diesen Prozess auf keinen Fall alleine am Küchentisch zu machen. Es gibt viele unterschiedliche Beratungsangebote. Neben sozioökonomischen Beratern bietet die Landwirtschaftskammer, aber auch Beratungsringe und das Landvolk, Hilfe an. In jedem Fall gehört auch ein Steuerberater mit dazu, weil der die steuerlichen Auswirkungen bewerten kann. Davon, die Übergabe allein mit einem Steuerberater zu machen, rate ich allerdings ab, weil eine steuerliche Optimierung nicht in jedem Fall die beste Lösung ist und soziale Aspekte dabei unberücksichtigt bleiben.



Die Hofübergabe rechtzeitig und aktiv betreiben damit man in Ruhe in Rente gehen kann

Foto Schievelbein

von. In jedem Fall braucht man Zeit, auch persönlich, um sich in der neuen Situation zurechtzufinden. Es geht ja im Übrigen auch nicht nur um den Erhalt des Betriebs oder des Besitzes, sondern auch um das Auskommen der ehemaligen Betriebsleiter, die mit ihrer Arbeit den Betrieb über viele Jahre geschaffen haben. Die Verpachtung von Flächen und, auch wenn das niemand gerne hört, deren Verkauf können hier einen wertvollen Beitrag zur Rente darstellen.

**Wann, empfehlen Sie, sollte man mit derartigen Überlegungen beginnen?**

Sobald man Eigentum besitzt, sollte man

Hof in der Höfeordnung bleiben soll und damit an einen wirtschaftsfähigen Abkömmling, den Ältesten oder je nach Region den Jüngsten, übergeht oder ob man den aus der Höfeordnung nimmt, was auch für die Berechnung der Abfindung für weichende Erben einen deutlichen Unterschied macht, ist eine zentrale Frage. Der Erbe der Hofstelle übernimmt in der Regel auch die soziale Verantwortung für die Altenteiler. Das bringt eine besondere soziale Eingebundenheit mit sich, die die weichenden Erben nicht haben.

**Vererben ist gar nicht so einfach. Viele**

**Einen letzten Tipp?**

Fangen Sie früh an, sich Gedanken zu machen. Die Vorstellung, dass man nur ein Testament im Leben macht und deshalb möglichst lange damit wartet, ist überholt. Auch die Vorstellung, dass Menschen, die ein Testament gemacht haben, früher sterben, ist falsch und nicht hilfreich. Landwirte sind Unternehmer, die etwas unternehmen, und deshalb sollten sie auch die Erbregelung selber regeln und hier nicht zu „Aufschiebern“ oder „Unterlassern“ werden.

**Vielen Dank für das Gespräch! mn**

# „Wir wollen einen flächendeckenden Ökolandbau“

Stephanie Strottdrees, Bioland-Vizepräsidentin, über einen Kulturwechsel, weitreichende Ambitionen und den Umgang mit Bioläden

**Unabhängige Bauernstimme:** *Bioland hat sich entschieden, dass auch bei Waren im Discounter das Bioland-Siegel verwendet werden darf. Woher kommen die Produkte, die Menge, die jetzt über Nacht in den Regalen von Lidl liegt?*

Stephanie Strottdrees: Bioland-Ware bei Lidl ist nichts komplett Neues, weil Bioland-Betriebe schon lange Produkte für die Eigenmarke von Lidl geliefert haben. In der Vergangenheit war aber nur ein EU-Bio-Logo abgedruckt. Das hat sich jetzt geändert. Wir haben als Verband im Vorfeld der Kooperation lange darüber nachgedacht und abgestimmt, ob es Möglichkeiten einer selektiven Vertriebsstrategie geben kann, in der wir Bioland-Betrieben quasi untersagen, an Discounter zu liefern. Rechtlich haben wir als Verband da aber keine Handhabe. Also haben wir uns dafür entschieden, aktiv die Handelswege zu gestalten.

**Was hat sich innerhalb des Verbands aufgrund der Entscheidung verändert?** Ich verspüre ganz aktuell im Anschluss an die Biofach, dass es in der Tat einen Wechsel gibt, einen Kulturwechsel. Viele Betriebe, die schon länger in den konventionellen Einzelhandel und Discount liefern, haben das in der Vergangenheit immer verschwiegen. Jetzt gibt es eine Stimmung, in der man das auch benennen darf.



Ob es gelingt den Discount bei den Hörnern zu packen?

*Sie haben in den Verhandlungen besondere Lieferbedingungen, die von den ansonsten üblichen Geschäftspraktiken abweichen, vereinbart. Wie wollen Sie die Bauern vor der Macht des Discounters „schützen“?*

Wir haben lange mit Lidl verhandelt. Wir haben uns von Oxfam und verschiedenen Anwälten beraten lassen, und wir haben in dem Vertrag Fair-Play-Regeln und sieben Mindestkriterien festgeschrieben. Über eine Ombudsstelle ist es den Lieferanten möglich, diese bei Widrigkeiten einzufordern. „Das unterschreiben die nie!“ war oftmals die Einschätzung. Aber die Geschäftsführung von Lidl hat unterschrieben. Und jetzt werben sie mit Bioland als Marke. Auch das schützt uns natürlich ein Stück weit, weil die Kooperation in der medialen Öffentlichkeit stark beobachtet wird.

**Als Lizenzgeber ist die Entwicklung sicher auch für Bioland finanziell interessant, wenn jetzt auf den Produkten, die ohnehin schon in Bioland-Qualität produziert wurden, auch das Verbands-Logo klebt?**

Natürlich bekommen wir als Verband jetzt zusätzliche Lizenzgebühren. Dabei ist mir wichtig festzustellen, dass Lidl die gleichen Lizenzgebühren bezahlt wie jeder andere Händler. Durch die Kooperation sind innerhalb des Verbandes aber vor allem viele neue Aufgaben angefallen. Zum einen muss die Zusammenarbeit, das Marketing und die Beratung organisiert werden, zum anderen wollen wir unsere Produzenten intensiv unterstützen.

**Ich dachte, das Marketing macht Lidl?**

Wir brauchen für diese Zusammenarbeit viel Manpower. Beim Marketing haben wir unter anderem festgeschrieben, dass die Bioland-Werbung im Lidl-Prospekt eine Freigabe unserer Marketingabteilung bekommen muss. Auch haben wir der Agentur, die für Lidl arbeitet, im Vorfeld unsere Philosophie vermittelt und die haben das toll aufgegriffen. Aber natürlich stimmt es, dass

durch diese Entwicklung und die Lidl-Werbung Bioland derzeit in aller Munde ist. Jetzt gilt es, diese Aufmerksamkeit für den gesamten Verband zu nutzen.

**Was sagen Sie zu den Prognosen, dass die Öffnung gegenüber dem Discounter vor allem für mittlere und kleine Biobetriebe zu einem Bumerang werden könnte, der ihre Existenz bedroht?** Ich mag diese Diskussion über groß und klein gar nicht. Ich bin der Meinung, dass es darauf ankommt, was man aus seinem Betrieb macht. Natürlich komme ich als Direktvermarkter ins Nachdenken, wenn der Verkaufspreis im Discounter unter meinem Einkaufspreis liegt. Ich sehe aber auch bei uns auf dem Hof und im Hofladen, dass die Kunden nicht allein wegen des Preises kommen. Sie suchen den direkten Kontakt, den Austausch, die fachliche Beratung und das Erlebnis Bauernhof.

**Elke Röder vom BNN hat in dieser Zeitung gesagt: „In Wirklichkeit geht es um das System, in dem angebaut, verarbeitet und verkauft wird.“ Ist Bioland hier zu wenig ambitioniert und beschränkt sich darauf, vorhandene Strukturen für sich zu nutzen, statt neue zu etablieren?**

Ich finde, dass wir sehr ambitioniert sind. Der Systemwandel ist überhaupt nicht aufgegeben. Wir wollen einen flächendeckenden Ökolandbau hinbekommen und nicht nur unseren kleinen Markt sichern. Mit dieser Kooperation haben wir uns eines der größten Handelsunternehmen vorgenommen und wollen dem aus bäuerlicher Sicht etwas entgegensetzen.

**Welche Bestrebungen gibt es, die Seite der Erzeuger, der Bioland-Betriebe, zu stärken?**

Natürlich gilt es jetzt auch neue Vermarktungsstrukturen aufzubauen. Wir wollen in jedem Fall die Erzeugergemeinschaften stärken. Das, was bei der Milch mit den Milcherzeugergemeinschaften (MEG) schon gut läuft, wollen wir ausbauen und auch in anderen Bereichen voranbringen. Ein zentraler Punkt sind dabei auskömmliche Erzeugerpreise, das ist auch mit Lidl vertraglich festgehalten.

**Und der Naturkostfachhandel?**

Natürlich hat Lidl eine ganz andere Logistik als die kleineren dezentralen Naturkostfachhändler. Daher kommt es



Stephanie Strottdrees

Foto: Privat

auch teilweise zu unterschiedlichen Verbraucherpreisen. Es gibt die Vorgabe, über die Qualität, nicht über den Preis, zu werben. Preisvergleichende Werbung gibt es mit Bioland-Ware nicht. Mit dem Naturkostfachhandel wollen wir in Zukunft wieder stärker in Kontakt treten. Dazu planen wir, an die Regionalmessen Praxisforen anzuschließen, auf denen wieder stärker ein Austausch zwischen Handel und Erzeugern stattfinden soll.

**Vielerorts brechen immer noch kleinere regionale Verarbeitungsstrukturen, Schlachtbetriebe, Mühlen, Bäcker weg. Auch die Konzentration auf dieser Ebene wirkt auf die Struktur der Betriebe, die, wenn sie nicht selbst vermarkten, gezwungen sind, in ihrem Segment zu wachsen. Regionalität und Bio – welche Vision haben Sie für den zukünftigen Weg der Produkte vom Feld zu den Verbrauchern?**

Das Wegbrechen der Strukturen ist ein riesiges Problem. Es gibt da verschiedene Ansatzpunkte. Ich denke, auf Seiten der Landwirtschaft müssen wir daran arbeiten, dass wir wegkommen von dem einfach nur Abliefern. Wir müssen als Produzenten auch die folgenden Verarbeitungsschritte mitdenken. In unserer Generation gab es einen Hang dahin, alles selbst zu machen: Bäuerin und Bauer sein, Brot backen, Käse machen und auch noch selbst verkaufen. Das sehe ich bei der nächsten Generation nicht mehr. Da gibt es die Tendenz zu mehr Spezialisierung und das Besinnen auf die eigentliche Urproduktion. Trotzdem brauchen wir natürlich dezentrale Weiterverarbeiter wie Schlachter, Müller und Bäcker. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

**Vielen Dank für das Gespräch!** mn

# System Werkvertrag schlachten

Es bedarf grundsätzlicher Verbesserungen für Arbeitsmigranten

Handeln war angesagt, nachdem Ende des vergangenen Jahres in mehreren norddeutschen Schlachthöfen durch heimlich gedrehte Filmaufnahmen von Tierrechtsorganisationen eklatante Tierschutzverstöße offengelegt worden waren. Niedersachsen – Hochburg der Fleischindustrie – war gleich zweimal betroffen, so dass sich Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast (CDU) besonders genötigt sah, tätig zu werden. Überwachung durch fest installierte Kameras soll die Missstände abstellen, soeben hat sie eine Vereinbarung mit der Schlachtindustrie unterzeichnet, die das manifestieren soll. „Kameraüberwachung findet doch schon statt“, kritisiert allerdings Matthias Brümmer, Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG). Aus seiner Sicht ändert die Vereinbarung nicht viel. Er möchte den Blick von der Tierwohlproblematik mindestens genauso auf die nach wie vor schwierigen Bedingungen für Menschen in den Schlachthöfen richten, die sich durch mehr Kameras kaum ändern würden. Womöglich gerieten diese durch mehr Überwachung sogar noch mehr unter Druck. Brümmer geht auf einem Treffen mit AbL-Vertretern der Frage nach, warum die Menschen in den Schlachthöfen die Tiere zum Teil so furchtbar behandeln: „In den allermeisten Fällen sind die Mitarbeiter nicht ausgebildet, sie arbeiten viele Stunden in einer hohen Taktzahl, schlecht bezahlt.“

## Messergeld

Es entstehe Frust, der sich natürlich nicht am Tier entladen dürfe, er werde aber durch Kameras nicht verschwinden. Schon seit Jahren drängen Gewerkschaften und ehrenamtliche Initiativen in den entsprechenden Regionen auf nachhaltige Verbesserungen. 2017 änderte sich gesetzlich und durch eine Selbstverpflichtung der Schlachtindustrie zumindest ein wenig. Offiziell werde nun beispielsweise überall Mindestlohn gezahlt, allerdings würden die Arbeitnehmer oft im Nachgang durch Abzüge oder falsche Abrechnungen übers Ohr gehauen, so Brümmer. Messergeld, Zugangschipgebühren, Arbeitskleidung, Transportkosten, Miete und nicht nachvollziehbare Stundenabrechnungen – der Kreativität der Arbeitgeber sind kaum Grenzen gesetzt. In den allermeisten Fällen sind das nach wie vor Werkvertragsfirmen, Subunternehmer.

## Grundübel Werkverträge

Das bestätigt auch Szabolcs Sepsi von der DGB-Beratungsstelle „Faire Mobilität“, die sich gezielt mit der Situation der Arbeitsmi-

granten – besonders, aber nicht nur in der Fleischindustrie – beschäftigt. Er betont einmal mehr, wie wichtig eine Abkehr vom System der Werkverträge wäre, erst dann wäre rechtliche Handhabe gegeben, eine Organisation der Interessenvertretung in Betriebsräten möglich. Dass an der Arbeitsebene auch die ganze Lebenssituation hängt, macht auf dem Treffen mit der AbL Andreas Leigers von der Arbeitslosenselbsthilfe ALSO in Oldenburg deutlich: „Menschen werden ganzheitlich ausgegrenzt.“ Die Miete für den oft unzureichenden Wohnraum werde meist direkt vom Arbeitgeber einbehalten; wer keine Arbeit mehr habe, verliere meist auch den Wohnraum. Aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse gebe es kaum Möglichkeiten für die Menschen, ihre Rechte wahrzunehmen oder sich zu integrieren. Besser macht das gerade nicht eine wachsende Skepsis gegenüber Fremden, die dann auch noch womöglich in großer Zahl, ohne dass das Individuum wahrgenommen werden (kann), plötzlich in den oft ländlichen Gemeinden einfach da und aufgrund der extremen Fluktuation auch schnell wieder weg sind. Das System des Durchlauferhitzers lasse eine Integration auch der nachziehenden Familie – eine Entwicklung, die inzwischen häufiger vorkommt – nicht wirklich zu. Dass es auch anders gehen kann, zeigt nach Ansicht von Matthias Brümmer der Ort Garrel mit dem Schlachthof Bösel Goldschmaus. Dort schließe man inzwischen keine Werkverträge mehr ab, sondern habe 1.800 Mitarbeiter, die direkt angestellt sind und alle über Mindestlohn verdienen. Zwar gebe es (noch) keinen Betriebsrat, aber die Verbesserungen auch bei der Unterbringung und Integration seien sehr deutlich.

## Offizielle Untätigkeit

Brümmer geht davon aus, dass das Werkvertragsgeschehen, wie es immer noch der Standard in der Fleischindustrie sei, einer gesetzlichen Überprüfung nicht standhalten dürfte, weil es im Ursprung hierbei um einen fest umrissenen Auftrag und nicht um eine auf Dauer angelegte Beschäftigung gehe. Da müsse der Gesetzgeber ran, so Brümmer. Gemeinsam mit der AbL wird es einen Vorstoß an die Agrarminister und Ministerpräsidenten der Länder geben, um hier weiter Druck zu machen. Bislang diktierten nach wie vor die Großen – allen voran Tönnies aber auch Westfleisch und Danish Crown – die Bedingungen. Solange sie sich nicht ändern, werden Kameras weder für Menschen noch für Tiere eine Verbesserung bringen. cs

## EU-Handelsabkommen mit Singapur

Am 13. Februar hat das EU-Parlament dem Handelsabkommen und dem Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Singapur zugestimmt. Das Handelsabkommen tritt damit endgültig in Kraft und u. a. werden fast alle Zölle innerhalb der nächsten fünf Jahre abgeschafft. Diesem Abkommen wird eine größere Bedeutung zugeschrieben, weil Singapur das erste Land der ASEAN-Gruppe ist, mit dem die EU ein Handelsabkommen abgeschlossen hat. Diese Gruppe umfasst zehn Länder, darunter Thailand, Indonesien, Malaysia, Papua-Neuguinea und Vietnam. „Als erstes bilaterales Handelsabkommen zwischen der EU und einem Mitglied des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) kann das Abkommen als Sprungbrett für weitere Freihandelsabkommen zwischen den beiden Regionen dienen“, steht in einer Pressemeldung des EU-Parlaments. Während beim Handelsabkommen die Zustimmung von EU-Parlament und EU-Handelsrat – bestehend aus Wirtschafts-, Außen- und Handelsministern der EU-Länder – für eine Ratifizierung ausreicht, muss das Investitionsschutzabkommen noch von allen 28 EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) 2017 entschieden mit der Begründung, dass eine Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten auch die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten betrifft. Derzeit sammelt ein europäisches Bündnis Unterschriften gegen solche Schiedsgerichte in der Kampagne: „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!“ *bet*  
*Petition: [gerechter-welthandel.org/menschenrechte-schuetzen-konzernklagen-stoppen/](http://gerechter-welthandel.org/menschenrechte-schuetzen-konzernklagen-stoppen/)*

## Mehr Antibiotika auf Zitrusfrüchten

Die US-Umweltbehörde EPA hat die Anwendung des Antibiotikums Oxytetracyclin in Zitrusplantagen in Florida und in Kalifornien genehmigt. Oxytetracyclin gehört zu den Antibiotika, die auch zur Behandlung u. a. von Lungenentzündungen und Tuberkulose beim Menschen wichtig sind. Kritiker befürchten eine zunehmende Antibiotikaresistenz, es seien keine ausreichenden Studien zur Auswirkung auf Feldarbeiter, Trinkwasser und Bodenmikroben durchgeführt worden. Antibiotika wurden bisher bereits in Apfel- und Birnenplantagen zur Behandlung von Feuerbrand eingesetzt, die Dosis, die die EPA jetzt zulässt, liegt weit höher: Alleine in Florida sollen rund 300 Tonnen auf 200.000 Hektar Fläche eingesetzt werden. Bekämpft wird damit ein durch den Zitrusblattfloh (*Diaphorina citri*) übertragenes Bakterium, das „Citrus Greening“ verursacht: Der Nährstofftransport im Baum wird beeinträchtigt, die Blätter werden fleckig, die Früchte fallen unreif ab und schmecken bitter und salzig. Das Antibiotikum heilt die Bäume nicht, verlängert aber deren Lebenszeit. Bis zu 70 % aller Bäume in Florida sind befallen, der Schaden für die Anbauer belief sich zwischen 2006 und 2011 auf 1,7 Milliarden US-Dollar. Neuere Zahlen liegen nicht vor. Citrus Greening tritt weltweit bei Zitrusbäumen auf, in Brasilien und in der EU ist der Einsatz von Antibiotika jedoch verboten. Mit integrierter Schädlingsbekämpfung (IPM), Plastikabdeckungen für junge Bäume und Bodenverbesserungen wurden gute Erfolge bei der Bekämpfung von Citrus Greening erzielt. *ml*

## US-Gericht stärkt Rechte von Journalisten

Ein US-Bundesgericht hat ein im Bundesstaat Iowa seit 2012 geltendes Gesetz für verfassungswidrig erklärt, das die verdeckte Recherche von Journalisten und Aktivisten, die sich dafür bei den Unternehmen um einen Job bewerben, unter Strafe stellte. Vor dem Inkrafttreten wurden beispielsweise in einem Schweinemastbetrieb Mitarbeiter gefilmt, die kranke Ferkel töteten, indem sie sie gegen eine Betonwand schleuderten, oder die Sauen mit Metallstangen schlugen. Das Gesetz schützte Betriebe mit intensiver Tierhaltung, die fleischverarbeitende Industrie und Saatgutforschungseinrichtungen im Gentechnikbereich. Die Gesetzgeber in Iowa argumentierten mit Hausfriedensbruch, eine Gefährdung der Biosicherheit müsse verhindert werden. Die Bundesrichter erklärten, die in Iowa bereits existierenden Gesetze zum Schutz landwirtschaftlicher Betriebe und Forschungseinrichtungen seien ausreichend. *ml*

# Sehenden Auges ins Düngedisaster

Verschärfung der Düngeverordnung setzt bäuerliche Betriebe unter Druck

**E**s ist eine Katastrophe mit Ansage. Schon Mitte der 80er Jahre, erinnert sich der emeritierte Agrarpolitik-Professor Onno Poppinga, demonstrierten Bauern und Bäuerinnen in Vechta (wohlgemerkt: im Zentrum agrarindustrieller Tierhaltung) für regionale und betriebliche Tierhaltungsobergrenzen, um der Gülleproblematik Herr zu werden. Es half nicht: Baugenehmigungen wurden weiter erteilt; nicht weniger, sondern immer mehr Schweine und Hühner gerade auch dort aufgestellt, Nitratbelastungen an Messstellen verschärften sich. „Es ist eine Unverantwortlichkeit, dass da nie wirklich gegen angegangen wurde“, sagt Poppinga. Heute führt die Europäische Union ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland, droht mit Strafzahlungen von über 800.000 Euro pro Tag, wenn sich an der Güllepolitik nicht endlich nachhaltig etwas ändert. Zu „nachhaltig“ zählt die EU nun offenbar auch nicht die Überarbeitung der Düngeverordnung von 2017, sondern sie forderte weitere Maßnahmen, die das Bundeslandwirtschaftsministerium

Anfang dieses Jahres einreichte. Vielleicht wohlweislich geschah dies erst nach der Grünen Woche, ohne dass die nun aufbrandende Debatte dort für Misstöne sorgen konnte. Zwar macht der zuständige Staatssekretär Hermann Onko Aeikens (CDU) klar, dass die Bundesländer wie auch der Bauernverband schon Ende des vergangenen Jahres in die Verhandlungen eingebunden waren, trotzdem ist gerade bei letzterem das Empörungspotential nun groß. In Westfalen wird zu einem großen Bauerntag Ende März geladen und an einer Resolution gearbeitet. „Härten“ hatte Aeikens angekündigt, die über ein Bundesgülleprogramm, über verbesserte Lagerkapazitäten und mehr Abfluss in Ackerbauregionen abgefangen werden sollen. Besonders in sowieso schon belasteten Regionen, den sogenannten „roten Gebieten“, müssen sich die Bauern und Bäuerinnen auf zum Teil erhebliche Restriktionen einstellen. Eine schlagbezogene Obergrenze von 170 kg N/ha, 20 % Reduktion des Bedarfswertes, verpflichtende Zwischenfrüchte bei Sommerungen, keine Herbstdü-

ngung bei Raps und Gerste – der Dokumentations- und Änderungsdruck steigt auch für die Betriebe, deren Wirtschaftsweise nachweislich keine negativen Auswirkungen mit sich bringt. „Noch mehr als bisher schon sollen alle bäuerlichen Betriebe in bürokratische Mithaftung genommen werden“, sagt AbL-Vorsitzender Martin Schulz. „Wir haben den Eindruck, dass die Bundesregierung sich nicht traut, bei den eigentlichen Ursachen zu hoher Nährstofffrachten anzusetzen“, so der Neuland-Schweinehalter aus dem Wendland. Statt über ordnungsrechtliche Einzelmaßnahmen in erster Linie den Strukturwandel anzuhetzen, müsse der Umbau der Tierhaltung als umfassendes Projekt für bäuerliche Betriebe, artgerechte Tierhaltung und Umweltschutz konkret betrieben und finanziell unterstützt werden.

## Verwässerung

Onno Poppinga verweist auf regionale Wasserschutzgebietskooperationen, wo Bauern und Berater oft über Jahre schon gute Lösungen gefunden hätten, von denen man lernen könne. Statt des-

sen setze man auf flächendeckende Verschärfungen, deren Wirkung erst einmal nur auf Papier stattfindet. Auch der Kieler Professor Friedhelm Taube hält die geplanten Änderungen für nicht ausreichend, weil kaum eine effizient durchsetzbare Kontrolle möglich sei. Der Wissenschaftler plädiert für einen Systemwechsel mit ambitionierten Grenzwerten in der neuen Stoffstrombilanzverordnung 2021 für alle Betriebe. Dem Wissenschaftler zufolge ist ein solcher Systemwechsel im Sinne der Dokumentation guter fachlicher Praxis geboten, „um das Politikversagen der letzten zehn Jahre in diesem Bereich zu beenden“. Es gehe auch darum, Bauern und Bäuerinnen endlich Planungssicherheit zu verschaffen. In Richtung des Bauernverbandes kritisierte Taube, dass die Verwässerung vieler Vorschriften zur Novelle der Düngeverordnung 2017 und der Stoffstrombilanzverordnung falsch gewesen sei. Sie kommt, wie so viele andere Zugeständnisse an eine industrialisierte Tierhaltung in den vergangenen Jahrzehnten, nun wie ein Bumerang aus Brüssel zurück. *cs*

## Möglichkeit für Ausnahmen

Alternativen in der Mechanisierung

**D**ie neue Düngeverordnung fordert für alle Betriebe eine bodennahe streifenförmige Ausbringung oder eine direkt in den Boden einbringende Methode. Für Acker ist diese ab 1. Februar 2020 verpflichtend und für Grünland fünf Jahre später ab 1. Februar 2025. Spätestens ab diesem Zeitpunkt wären Prallteller und Schwenkverteiler, wie sie derzeit gängig sind, nicht mehr zugelassen. Für viele Betriebe stellen die neuen Vorgaben ihre Eigenmechanisierung in Frage, denn eine Umrüstung ist selten möglich und ein neues Fass mit Schleppläufen meist nur für große Betriebe bzw. im überbetrieblichen Einsatz rentabel. Wer aus diesem Grund zukünftig die Gülleausbringung dem Lohnunternehmen überlassen will, spart zwar Zeit, verliert aber die Möglichkeit der kurzfristigen individuellen Entscheidung. Auch werden die Lohnunternehmen große und entsprechend schwere Fässer einsetzen und im Zweifelsfall auch bei ungünstigen Wetter- bzw. Bodenbedingungen fahren. Die

betriebliche Entscheidungsfreiheit könnte aber durch individuelle Ausnahmegenehmigungen, wie sie im Gesetz vorgesehen sind, erhalten bleiben. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft hat hierzu bei den zuständigen Länderministerien angefragt. Bisher geantwortet haben Sachsen und Hessen. Die sächsische Behörde sieht demnach keine Notwendigkeit, alternative Methoden zur Güllebehandlung zu prüfen, die eine Ammoniakreduktion in vergleichbarem Ausmaß wie die technischen Varianten bewirken. Angeführt wird in dem Schreiben lediglich die Möglichkeit des Einsatzes von Schwefelsäure zu Güllebehandlung. Dieses Verfahren könne die Ammoniakemission reduzieren, solle aber nicht alternativ, sondern in Kombination mit den technischen Lösungen zum Einsatz kommen, so das Staatsministerium. Für den Fall anerkannter Alternativen spricht sich das sächsische Ministerium für eine bundesweit einheitliche Regelung aus. Auf ganz aktuelle



Kühe auf der Weide, gleich weniger Gülle im Pott

Wolfgang/pixelio

Untersuchungen und ein Verbundprojekt zwischen dem Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen und der Justus-Liebig-Universität in Gießen verweist das hessische Ministerium. Hier soll untersucht werden, inwieweit durch die Zugabe einer Mischung aus Gesteinsmehl, Leonardit und Pflanzenkohle bereits im Stall eine Reduzierung der Ammoniakemissionen erreicht werden kann. Peter

Hamel aus Hessen hat dieses Verfahren entwickelt und setzt es auf seinem Betrieb im nördlichen Vogelsberg erfolgreich ein. Auch aus Bayern ist bekannt, dass die zuständige Landesanstalt alternative Methoden der Ammoniakbindung untersucht. Eine offizielle Antwort des Ministeriums lag aber bei Redaktionsschluss nicht vor. *mm*

# Nordamerika: Es braucht internationale Marktregeln

Die Wachstums- und Exportorientierung einzelner Milchproduktionsländer ist global unfair

**D**arin Von Ruden (USA) ist Präsident der Wisconsin Farmers Union (WFU) und Vorstandsmitglied der National Farmers Union (NFU). Er ist Biobauer mit 50 Kühen und bewirtschaftet 300 ha Land. Murray Sherk ist stellvertretender Vorsitzender der Dairy Farmers of Ontario, einer Marketingorganisation, die 4.000 Milcherzeuger vertritt. Er bewirtschaftet einen Hof mit 130 Milchkühen und 200 ha Land. Beide waren im Rahmen des Symposiums des Bundesverbandes der Deutschen Milchviehhalter (BDM) zu Besuch in Berlin.

**Unabhängige Bauernstimme: Was verbirgt sich hinter „Dairy Together“?**

**Darin Von Ruden:** Das ist eine neue Bewegung, die im Frühjahr 2018 begann. Wir haben kanadische Milchbauern eingeladen, damit sie ihr Marktsystem vorstellen. Diese Treffen lösten großes Interesse im Land aus und wir erhielten eine Menge interessierter Nachfragen nicht nur von unseren Mitgliedern, sondern auch von Mitgliedern anderer Organisationen. Der Milchmarkt in den USA funktioniert zurzeit überhaupt nicht. Die Preise sind niedrig und decken nicht die Kosten. Wir haben keine Marktmechanismen, um die Menge zu beeinflussen. Zurzeit führen die niedrigen Milchpreise dazu, dass die Milchmenge immer weiter ausgedehnt wird. Damit versuchen die Bauern ihren Cashflow zu halten und gleichzeitig graben wir uns selbst das Wasser ab. Mit „Dairy Together“ wollen wir Lösungen und Programme entwickeln, Informationsarbeit betreiben, entsprechende Untersuchungen an Universitäten initiieren, um belegbare Daten zu bekommen. Mit diesen Informationen ist eine umfassende politische Lobbyarbeit geplant. Wir werden vermutlich kein Quotensystem bekommen, aber es braucht einen internen Rahmen, der die Milchproduktionsmenge regelt.

**Wie wirkt sich die aktuelle Marktsituation auf die Höfe aus?**

**Von Ruden:** In Wisconsin haben 636 Milchbetriebe allein im Jahr 2018 aufgegeben, von 18.400 Betrieben Anfang des Jahres.

**Die EU ist ein massiver Milchexporteur und durch die Handels- und Agrarpolitik steigen die Übermengen und die Exporte. Wie wird das in Ihrem Land diskutiert?**

**Murray Sherk:** Die Herausforderungen sind in jedem Land dieselben, das über ein Regulierungssystem verfügt. Sie vermeiden Produktionsausfälle und halten sich im Exportgeschäft zurück. Andere Milchproduzentenländer hingegen produzieren Übermengen und drücken dadurch die Preise. In Kanada hatten wir vor 50 Jahren eine Regierung, die erkannt hat, dass wir ein System zur Angebotsgestaltung benötigen. Sie hatten die Vision, die Marktmacht zwischen den Produzenten und den Verarbeitern auszugleichen, das Milchangebot anzupassen und dadurch die Preise zu stabilisieren. Die große Frage ist, wie man heutzutage solche Konzepte implementiert. Die Regierungen und Politiker handeln viel zu wenig und Wirtschaftsinteressen setzen sich durch. Das ist eine große Herausforderung. Und es braucht einen gemeinsamen Rahmen, um Menschen davon abzuhalten, sich einseitig auf Kosten anderer am System zu bereichern.

**Darin von Ruden:** Richtig. Das ist die einzige Möglichkeit, auf nationaler Ebene Veränderungen herbeizuführen, aber auch auf internationaler Ebene. Es braucht einen gemeinsamen Rahmen zwischen den Ländern in Bezug auf ein Marktsystem und wie ihre Angebotsgestaltung aussieht.

**Murray Sherk:** Das würde in erster Linie die großen Milchproduktionsländer dieser Welt betreffen.

## Zahlen:

Anzahl Milchbetriebe:  
USA: 46.000, Kanada: 11.280, EU-28: 1,27 Mio.  
Durchschnitt Kühe/Betrieb:  
USA : 203, Kanada: 84, EU-28: 18 (Deutschland: 61)  
Quelle: IFCN, Daten für 2016

**Wie beeinflusst das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) den kanadischen Milchmarkt?**

**Murray Sherk:** Wir bekommen 17.600 Tonnen Käse aus Europa, das entspricht 1,2 Prozent unseres nationalen Milchmarktes. Die Handelsabkommen stellen eine große Herausforderung für unser Milchmarktsystem dar. Immer wenn ein neues Handelsabkommen verhandelt wird, dann müssen wir einen Teil unseres nationalen Milchmarktes abgeben. Das hat schon mit der Welthandelsorganisation begonnen, da haben wir etwa zehn Prozent unserer nationalen Milcherzeugung abgeben müssen. Mit den weiteren



Darin von Ruden und Murray Sherk aus dem BDM-Symposium

Foto: Weiß

Handelsabkommen wie CETA, CPTPP und NAFTA 2.0 werden wir bis zum Jahr 2026 insgesamt bis zu 18 Prozent unseres Milchmarktes für die Importe aus anderen Ländern abgeben müssen.

**Hat das einen Einfluss auf das kanadische Marktmodell und auf Junglandwirte, die in die Landwirtschaft einsteigen?**

**Murray Sherk:** Wir behalten unser Marktsystem, aber es wird kaum Wachstum für unsere eigenen Milchbauern geben. Außerdem ist die kanadische Nachfrage nach Milch in den letzten fünf Jahren um 20 Prozent gestiegen. Es wurde mehr Butter, Sahne und Käse konsumiert. Im Milchsektor ist das Durchschnittsalter in Kanada am niedrigsten. Auf den Höfen erwirtschaften die Eltern ausreichend Einkommen, und die Kinder kommen zurück, um die Höfe zu übernehmen.

**Gibt es eine gesellschaftliche Debatte über die Landwirtschaft in den USA?**

**Darin Von Ruden:** Die Hauptkritik in der Öffentlichkeit hinsichtlich der Landwirtschaft sind die Agrarsubventionen. Das ist ein weiterer Grund, warum wir ein System ähnlich dem der Kanadier haben wollen, weil das die Steuerzahler kein Geld kostet. Die Milchpreise werden direkt von den Verbrauchern bezahlt.

**Murray Sherk:** Die Ironie ist doch, dass die Preise in Kanada für Milchprodukte nicht signifikant teurer sind als in den Vereinigten Staaten. Und die kanadischen Erzeuger erhalten einen höheren und stabileren Auszahlungspreis.

**Darin Von Ruden:** Es gibt auch eine rege öffentliche Diskussion über die zunehmend steigenden Betriebsgrößen. Immer mehr Bauern stellen Arbeitnehmer an, die sie zum Teil gar nicht kennen. Da weißt du nicht, was hinter den Türen passiert, wenn du nicht die ganze Zeit dabei bist. Viele Bauern kriegen

gar nicht mehr mit, was in ihren Kuh- oder Kälberställen passiert. Das wird kritisch gesehen.

**Murray Sherk:** Gib' den Bauern ausreichend Geld für ihre Erzeugung, dann können sie mehr für den Tier- und Umweltschutz tun. Das ist aber nicht möglich, wenn man bei der täglichen Arbeit von der Hand in den Mund lebt.

**Ist das in Kanada so?**

**Murray Sherk:** Wir können auch nicht sagen, dass wir automatisch bessere Haltungssysteme haben gegenüber den Ländern im Rest der Welt. Aber es gibt Programme, die Qualitätserzeugung fördern. Ich will nur sagen, es ist unter Preisdruck kaum mehr möglich, bessere landwirtschaftliche Praktiken zu etablieren. Faire Preise sind dafür eine Grundvoraussetzung.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

Das Interview führte Berit Thomsen

**CETA:** Ist seit dem 21. September 2017 vorläufig in Kraft getreten. Das Handelsabkommen muss in Europa von allen Mitgliedsstaaten unterzeichnet werden. Einige haben schon gezeichnet, in Deutschland müssen noch Bundestag und -rat über CETA abstimmen. **CPTPP:** Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership. Ein Handelsabkommen zwischen Kanada, Australien, Neuseeland, Japan, Mexiko, Chile, Peru, Brunei, Malaysia, Singapur und Vietnam. Von allen Staaten am 8. März 2018 unterzeichnet.

**NAFTA 2.0:** Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) zwischen den USA, Mexiko und Kanada wurde unter der Trump-Regierung neu verhandelt. Die überarbeitete Fassung heißt USMCA, USA-Kanada-Mexiko-Abkommen, auf das sich die Länder am 30. September 2018 einigten. Die USA haben mit Zöllen auf Autos gedroht und u. a. dadurch eine Marktöffnung für US-Milchprodukte in Kanada erwirkt. Die künftigen US-Exporte werden etwa 3,5 Prozent des kanadischen Milchmarktes betragen.



Foto: Borodirnova/pixabay

## US-Milchproduzenten hoffen auf Trump

Der Interessenverband der amerikanischen Milchwirtschaft, die „American Dairy Coalition“, hat sich in einem offenen Brief an den US-Präsidenten gewendet. Der Milchpreis müsse angehoben werden. Durch den Streit um Handelsabkommen und drohende Strafzölle seien die Exportchancen stark gesunken. In den letzten vier Jahren seien die Milchpreise um 40 % gefallen. Der Käseexport nach China sei um 65 % gesunken, der nach Mexiko um 10 %. Ein Großteil der überschüssigen Milch wird zu Käse verarbeitet und eingelagert. In US-Kühlhäusern lagern derzeit 635.000 Tonnen unverkäuflichen Käses. Dieser Käseberg müsse abgebaut werden, bevor sich die Industrie erholen könne. In der Vergangenheit wurden Käseüberschüsse an Sozialhilfeempfänger verteilt. Der Interessenverband weist darauf hin, dass die Zahl der Milchproduzenten weiter stark sinke. Das Einkommen der verbleibenden Milchbetriebe sei vielfach unter das Existenzminimum gesunken und die Familien seien auf Lebensmittelhilfen angewiesen. *ml*

## NRW fördert Beton statt Bodenleben

„Mit der Änderung des Landesentwicklungsplanes NRW (LEP) hat Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) die Streichung des Leitbildes ‚flächensparende Siedlungsentwicklung‘ zugunsten freien Wirtschaftswachstums geopfert“, kritisiert der AbL-Landesvorsitzende Bernd Schmitz, Bauer im Rhein-Sieg Kreis, den eingeschlagenen Weg der Landesregierung. „Wer das Ziel aufgibt, die tägliche Versiegelung von fruchtbarem Ackerboden mit seinem millionenfachen Bodenleben auf 5 Hektar täglich in NRW zu reduzieren, der opfert die Zukunft von Bauernfamilien durch den massiven Entzug ihrer Wirtschaftsgrundlage. Wir wollen weiterhin regionale Lebensmittel für die Menschen in NRW auf unseren Böden produzieren“, so Schmitz weiter. Seit dem Jahr 1996 wurden insgesamt 1.187 km<sup>2</sup> fruchtbare Acker- und Grünlandflächen auf wertvollen Böden für andere Flächennutzungen in Anspruch genommen. Rudolph Schwamborn, Milchbauer im AbL-Landesvorstand, ergänzt: „Es ist unverantwortlich von der Regierung Laschet, die ‚Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – Neuauflage 2016‘ einfach aus dem Landesentwicklungsplan zu streichen“. Schwamborn weiter: „Das extrem trockene Jahr 2018 hat uns allen deutlich vor Augen geführt, wie wichtig der Erhalt landwirtschaftlicher Flächen auch vor dem Hintergrund des Klimawandels ist. Die Regierung zieht daraus nicht die notwendigen Konsequenzen“. *AbL-NRW*

## Absatzfonds abschaffen

Das Ende der CMA feiert zehnjähriges Jubiläum

Sie war die zentrale Werbeplattform der deutschen Landwirtschaft: die Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA). Mit ihrem Logo: „Bestes vom Bauern – CMA“ im schwarz-rot-goldenen Oval warb die über den Absatzfonds finanzierte Organisation für landwirtschaftliche Produkte aus Deutschland. Ziel der 150 CMA-Mitarbeiter, die in Deutschland und in 13 Auslandsbüros tätig waren, war die Förderung der deutschen Agrarwirtschaft im In- und Ausland. Die Finanzierung der CMA erfolgte durch den 1969 per Gesetz beschlossenen Absatzfonds, der neben der Erschließung und Pflege von Absatzmärkten im In- und Ausland auch auf eine Verbesserung der Qualität von Erzeugnissen hinwirken sollte. Organisiert wurde die Einnahme der Sonderabgaben durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE). Beiträge zahlen mussten die Betriebe der Produktionskette, die an der marktengsten Stelle saßen: Mühlenbetriebe, Erzeugerzusammenschlüsse; Betriebe, die mit Beerenobst, Kartoffeln u. ä. handeln oder diese Produkte verarbeiten; Molkereien, Eierpackstellen, Geflügelschlachtereien, Ölmühlenbetriebe sowie Gärtnereien. Sofern, wie bei Molkereien, viele Vorlieferanten existierten, wurden die Mehrkosten in der Regel an diese weitergereicht. Die jährlichen Einnahmen lagen bei ca. 90 Mio. Euro. Neben der CMA, die für deutsche Agrargüter warb und Messen, Ausstellungen und sonstige Aktionen im In- und Ausland nutzte, gab es eine zweite Organisation zur „Marktberichterstattung“. Mit etwa einem Zehntel des Beitragsaufkommens finanzierte die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft GmbH (ZMP) die Marktbeobachtung und dessen Analyse.

### Unerwartetes Ende

Mit einem Urteil im Jahr 2002 untersagte der Europäische Gerichtshof der CMA die Werbung mit dem Verweis auf das Herkunftsland Deutschland mit der Begründung der Diskriminierung von Produkten aus anderen Ländern. Einer Förderung des Exports deutscher Produkte innerhalb der EU konnte die CMA in der Folge nicht mehr nachkommen. Werbesprüche wie „Markenqualität aus deutschen Landen“ und „Aus deutschen Landen frisch auf den Tisch“ waren damit verboten. Die CMA schwenkte um und bewarb in der Folge einzelne Produktgattungen wie Milch oder Fleisch. Offenbar mit frecher Doppeldeutigkeit wollten die Werber Aufmerksam-

keit schaffen. Aber nicht nur an der mindestens in Ansätzen sexistischen Werbung machte sich in der Folge Kritik breit. Es war auch der Gesamtansatz, der eine „Gruppennützigkeit“ über die Grenzen hinweg nicht ausschließen konnte. Denn wenn ganz allgemein Eier beworben werden, unabhängig von ihrer Herkunft, so profitieren auch ausländische Produzenten, die gar nicht zur Finanzierung beitragen. Genau dies rief auch den Unmut von Georg Heitlinger aus Eppingen hervor, der bei einer Besichtigung einer Eierpackstelle in den Niederlanden feststellte, dass diese niederländische Eier für Aldi verpackte und mit dem CMA-Logo versehen. In der Folge legte Heitlinger, Betreiber einer Packstelle und selbst Legehennenhalter, Widerspruch gegen einen Beitragsbescheid in Höhe von 1.000 Euro ein. Die von ihm eingerichtete Homepage „Absatzfonds abschaffen“ wurde zur bundesweit



einmaligen Informationsquelle. Über Presse und Medien wurden die Probleme beim Konstrukt Absatzfonds/CMA in die Öffentlichkeit getragen. Immer mehr Betriebe zahlten ihre Beiträge nur noch unter Vorbehalt. Einmalig in dieser Situation war sicherlich die Ignoranz, mit der die Verantwortlichen in der Politik, den Behörden, beim Bauernverband und bei der CMA der Kritik an ihrer Cashcow begegneten, auch wenn diese schon einen beachtlichen Teil ihrer Mittel aufgrund der vorbehaltlichen Beitragszahlungen in Rückstellungen festlegen musste.

### Abwicklung kostet

Am 1. Juli 2002 befand das Bundesverfassungsgericht abschließend, dass die Regelungen des Absatzfondsgesetzes mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig sind. Gut möglich, dass es ohne den Einsatz von Georg Heitlinger die Zwangsabgabe noch heute gäbe. In der Folge wurden über 10.000 Beitragsbescheide zurückgenommen und 117 Mio. Euro gezahlter Beiträge zurückerstattet. Bis das Gesamtkonstrukt CMA/Absatzfonds endgültig aufgelöst war, dauerte es indes noch weitere sechs Jahre und 31 Mio. Euro, die der CMA vom Absatzfonds für die Liquidation und für Personalkosten zur Verfügung gestellt wurden.

**Betriebsspiegel:**

84 ha Wald, 3 ha Grünland, 8 ha Weihnachtsbäume (davon 4 ha Pacht); 15 Schafe, 1 Pferd, 1 Pony; 23 kw PV

**A**ls „Weihnachtsbaumbauer“ hat man, so sagen es zumindest meine Kinder in ihrem jugendlichen Leichtsinne, das ganze Jahr frei, außer im Dezember. Dies entspricht übrigens nicht der Wahrheit, wie ich aus Erfahrung weiß, und ich kann zu einem anderen Zeitpunkt einmal über den Jahresverlauf eines Weihnachtsbaumbauers berichten. Nichtsdestotrotz habe ich in den anderen Monaten u. a. Zeit, mich verstärkt ehrenamtlichen Dingen zu widmen und z. B. spannende Menschen

und Betriebe kennenzulernen. So beispielsweise im letzten Herbst den Lammerzshof von Heiner Hannen in Neuss, den ich als Begleitung einer polnischen Reisegruppe besuchen durfte. Zu Gast war eine Gruppe von ca. 20 Personen der Wojewodschaft Klempenow, Vertreter der Fakultät für Landwirtschaft, Studierende, Landwirte und Vertreter von Beratungszentren. Ziel ihrer mehrtägigen Wirtschaftsmission im Rahmen von EIP-Agri war das Kennenlernen von landwirtschaftlichen Betrieben mit Gemüseanbau, mit Direktvermarktung sowie von Selbstverwaltungsorganen bzw. Verbänden der landwirtschaftlichen Zusammenschlüsse. Auf dem

Betrieb von Heiner konnten wir somit mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Die erste: Heiner zeigte den Gästen den Hofladen und die Gemüseboxen als Beispiele der Direktvermarktung und stellte die Bedeutung der direkten Wertschöpfung auf den Betrieben heraus; er erläuterte seine Fruchtfolgen und die innovativen Wege, die städtische Bevölkerung in die landwirtschaftliche und politische Praxis einzubinden (NachErnteTage, Kohle-Klima-Demo); er erklärte die verschiedenen Kooperationen mit anderen landwirtschaftlichen Betrieben der Umgebung (Mist-Weizen; Milch-Klee; Champost-Stroh) und zeigte last, not least seinen

Fuhrpark. Und hier schlug das Herz der männlichen Gäste besonders schnell (die zweite Fliege): zum einen, weil sie sahen, dass man für einen vielfältigen, erfolgreichen Betrieb nicht (nur) die allermodernsten Maschinen haben muss, sondern auch viel Geld sparen kann, wenn man alte Trecker, Mähdrescher etc. noch selbst händisch repariert bekommt, und zum anderen, weil die neuen E-Lasten-Bikes zum Ausfahren der Abo-Boxen das direkte Interesse einiger weckten und sofort ausprobiert werden mussten. Und die dritte Fliege schafften wir dadurch, dass ich die Vorstellung der AbL übernahm, ihre politische Arbeit als Interessenvertretung von nicht nur LandwirtInnen schilderte und auch auf die Bedeutung bäuerlicher Selbsthilfe verwies, z. B. in gemeinsamen Vermarktungsorganisationen wie Neuland. Aber die Gruppe war auch forstlich interessiert, so dass auch einige Diskussionen am Rande über Waldbau, Dauerwald und ökologische Weihnachtsbaumproduktion geführt werden konnten. Heiner ist ein toller Gastgeber, der viel zu erzählen hat und dies auch gut kann, so dass die drei Stunden ruckzuck vorüber waren und zum Ende noch viele Punkte hätten diskutiert werden können.

*Gregor Kaiser,  
Oberelspe*

## Als AbLer unterwegs

**W**ohnung auf dem Biohof neu zu vermieten“ war ein wichtiges Thema für mich im vergangenen Jahr. Als Bewirtschafterin und „Hobby-Landwirtin“ pendle ich fast täglich „zum Hof“ und das seit inzwischen schon knapp 18 Jahren. In acht Jahren habe ich so ungefähr das Rentenalter erreicht und möchte mehr Tage ungebundener verplanen können. Die letzten Mieter haben sieben Jahre in der Doppelhaushälfte neben meiner Mutter gewohnt und mussten neben der Miete auch die vereinbarte Urlaubsvertretung sowie Wochenendvertretung in Maßen übernehmen. Diese Absprachen erfordernde Hofarbeit war berufs- und interessenbedingt für die letzten Mieter immer schwieriger geworden, so dass ihr Bleiben auch für mich keine Wunsch-Option für den Rest meiner Hoflaufbahn gewesen wäre. Dennoch traf mich die Kündigung unserer Mieter zu Anfang des letzten Jahres relativ unerwartet. Dann wollten diese Mieter möglichst schnell weg. Und das letzte halbe Jahr vor dem Auszug und das anschließende Renovieren der Wohnung gestalteten sich nicht mehr so nett. Es stellte sich letztes Jahr auch die mir im Nacken sitzende Frage, ob und wie ich vielleicht schon zu diesem Zeitpunkt nach etwaigen Hofnachfolgern suchen sollte. In welchem Rahmen sollte also die Suche nach geeigneten Mietern stattfinden? Die vorherigen Mieter hatte ich über das landwirtschaftliche Wochenblatt gefunden; jetzt zapfte ich erst einmal alle mir bekannten Menschen oder Freunde von Bekannten an, die eventuell einen Hof bewirtschaften wollen. Oder die auf dem Land gerne leben und gewisse nützliche Qualifikationen für ein „Mehr an Hofgemeinschaft“ oder an „Hofarbeit und Wert-



## Wohnraumfragen

schätzung“ mitbringen. Das erste Gespräch von „Hofsuchenden“ erwies sich für mich als Messlatte, inwieweit ich überhaupt bereit war, Gestaltungsraum neben mir zuzulassen. Nach dem ersten Gespräch ergab sich, dass die gegenseitigen Vorstellungen zu verschieden waren: Die Mietwohnung hätte in zwei Wohneinheiten geteilt werden müssen und ich hätte ab sofort gar nichts mehr mitzugestalten gehabt. Das konnte es für mich nicht sein. Also wurde mit allen Bekannten, die eine Wohnung auf dem Land suchten, ein Treffen vereinbart. Eine Wohngemeinschaft konnte ich mir in der 120-Quadratmeter-Wohnung schon vorstellen. So ergab es sich, dass meine ehemalige Tierärztin Mary, die gerade das zweite Mal Mutter geworden ist, die Idee von einer WG aufgriff. Und im Anschluss schaffte sie es tatsächlich, mit einem Netzwerk von Freunden und ihrer sympathischen Patchwork-Familie drei Monate später aus der Siedlung nebenan auf den Hof zu ziehen. Mit

zwei kleinen Kindern ist wieder mehr Leben auf dem Hof – und auch um meine Mutter, die mit der neuen Besetzung sehr zufrieden ist. Mit dem Kindergartenkind Lennard hat sich schon weit mehr als nur ein „Keks-Apfelschorlen-Ritual“ entwickelt. Im letzten Jahr haben sich so einige Unterstützer und Helfer des Hofes zufällig gefunden. Damit macht mir die viele Handarbeit mehr Freude: Einer Bekannten, die eventuell eine neue Wohnung/WG sucht, ist bewusst geworden, dass sie nicht auf dem Land wohnen, sich aber im Sommer gerne tatkräftig auf dem Land beim Hacken erden möchte. Die Leih-Oma unserer Tierärztin und Mieterin Mary hatte ich zwei Monate zuvor zufällig bei der Besichtigung eines Gemeinschaftsgarten-Projektes getroffen. Sie hat anschließend beschlossen, sich lieber bei mir und Mary als rüstige Rentnerin gärtnerisch zu betätigen als samstags im Gemeinschaftsgarten. Ebenso konnte ich – auch zum Teil dank der tatkräftigen Unterstützung

meiner neuen Mieterin – Kundinnen mit kleinen Kindern sowie Freundinnen mit mir und ohne mich für ein bis zweimalige Kartoffel-Aufsuchaktionen begeistern. Früchte der Arbeit: Gemüse, Kartoffeln, Obst und Eier. Diese Neuvermietung der Wohnung und die sich daraus ergebende Verkettung von mehr positivem Leben auf dem Hof hat mir Mut gemacht, trotz der vielen Arbeit und dem Eingebundensein. Ein WG-Zimmer ist jetzt noch frei. Ein Hofnachfolger oder eine Hofnachfolgerin wird sich hoffentlich finden, wenn es an der Zeit ist. Bis dahin muss ich mir noch überlegen, was ich denn überhaupt übergeben möchte.

*Ulrike Eggersglüß,  
Gütersloh*

**Betriebsspiegel:**

knapp 3 ha Grünland, 0,8 ha Ackerland (Kartoffeln, Gemüse, Kleegras); 10 Schafe mit Nachzucht, 1-2 Böcke, 15 Lämmer, 20 Hühner; pädagogische Angebote; Demeter

# Nationaler Aktionsplan Kupierverzicht

Ein Gastbeitrag von Dr. Sarah Pütz aus der Projektgruppe Nutztierhaltungsstrategie des MULNV des Landes Nordrhein-Westfalen

**D**erzeit werden in Deutschland, wie in fast ganz Europa, den meisten Ferkeln in der konventionellen Haltung innerhalb der ersten Lebensstage die Schwänze kupiert, um das Auftreten von Schwanzbeißen zu minimieren. Rechtlich ist das Kupieren der Ferkelschwänze sowohl auf europäischer als auch nationaler Ebene nur im begründeten Einzelfall zulässig. Und obwohl in den letzten Jahren eine große Anzahl

samen Vollzug durch amtliche Kontrolleure sowie von Anforderungen an den Nachweis, dass das Kupieren bzw. die Haltung unkupierter Schweine ggf. im Einzelfall unerlässlich ist.

## Prüfung folgt

Ergänzend dazu wurden in 2017 und 2018 durch Auditoren der EU-Kommission in den Niederlanden, Dänemark, Spanien, Italien und Deutsch-

vollzug durch die Veterinärverwaltung, Prüfaufträge u. a. an das BMEL gerichtet worden. Diese Prüfaufträge beziehen sich darauf, inwieweit beispielsweise die Notwendigkeit einer Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Hinblick auf verschiedene derzeit gültige rechtliche Anforderungen z.B. zum Beschäftigungsmaterial und zum Tier-Fressplatz-Verhältnis besteht.

klärung erfolgt. Die genannten Dokumente die vom Tierhalter für die Darlegung beim Veterinäramt genutzt werden können, stehen online unter [www.ringelschwanz.info](http://www.ringelschwanz.info) zur Verfügung. Darüber hinaus stellt dieser Online-Leitfaden eine kompakte Zusammenstellung bisheriger Erkenntnisse und Praxiserfahrungen zur Vermeidung von Schwanzbeißen und somit auch einen Wegweiser in Richtung Kupierverzicht dar.



Bringt der Aktionsplan Ruhe in den Stall?

Foto: Braune/pixelio

an Projekten und Initiativen durchgeführt wurden, stehen Deutschland und viele andere EU-Mitgliedstaaten beim Thema Schwanzbeißen derzeit immer noch vor großen Herausforderungen. Die Europäische Kommission hat sich für die nächsten Jahre die Gewährleistung besserer Standards bei der Umsetzung und Durchsetzung der entsprechenden Rechtsvorschriften für die Schweinehaltung als ein Schwerpunktthema im Tierschutz gesetzt. Zudem hat sie die Mitgliedstaaten darauf hingewiesen, dass sie sich das Recht vorbehält, künftig alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen um sicherzustellen, dass die Rechtsvorschriften in diesem Bereich zufriedenstellend umgesetzt werden. Diesbezüglich hat die EU-Kommission Deutschland wie auch allen anderen Mitgliedstaaten, in denen flächendeckend kupiert wird, mitgeteilt, dass die bislang ergriffenen Maßnahmen in den Mitgliedstaaten unzureichend sind und ein Aktionsplan mit entsprechenden Maßnahmen zu erstellen ist, wie die einschlägigen Rechtsvorschriften zeitnah und vollständig eingehalten werden können. Die inhaltlichen Anforderungen an die Aktionspläne beziehen sich insbesondere auf die Festlegung konkreter Kriterien für die Einhaltung der gesetzlichen Mindestanforderungen an die Haltung von Schweinen für Tierhalter und für einen wirk-

samen Vollzug durch amtliche Kontrolleure sowie von Anforderungen an den Nachweis, dass das Kupieren bzw. die Haltung unkupierter Schweine ggf. im Einzelfall unerlässlich ist. Tierhalterinnen und Tierhalter, die die Schwänze ihrer Schweine kupieren bzw. kupierte Schweine einstellen, müssen dementsprechend über die Einhaltung des gesetzlichen Mindeststandards hinaus die Unerlässlichkeit für ihren Betrieb nachweisen. Die Agrarminister/innen haben hierzu eine gemeinsame Herangehensweise verabschiedet. Es wurden Möglichkeiten erarbeitet, wie Schweinehalterinnen und Schweinehalter dies den zuständigen Veterinärämtern zukünftig darlegen können. Hierzu ist es einerseits notwendig, das Auftreten von Schwanz-/Ohrverletzungen zu dokumentieren und andererseits die Haltungsbedingungen und das Betriebsmanagement so zu optimieren, dass Schwanzbeißen möglichst vermieden wird. Es muss nachweislich durch einen fortwährenden Prozess von Optimierungsmaßnahmen darauf hingearbeitet werden, Schwanzbeißen möglichst zu verhindern. Hierzu ist vorab die Durchführung einer Risikoanalyse ein erster Schritt, um betriebsindividuelle Risikofaktoren für das Auftreten von Schwanzbeißen zu identifizieren und Optimierungsmaßnahmen prioritär in den Hauptrisikobereichen eines Betriebes umzusetzen. Im Aktionsplan ist vorgesehen, dass die Darlegung ab dem 1. Juli 2019 mittels einer Tierhalter-Er-

## Nationaler Aktionsplan

land entsprechende Inspektionen durchgeführt. Dabei wurde unter anderem überprüft, inwieweit das durchgeführte Kupieren gerechtfertigt ist und wie überwacht wird, dass diese Ausnahmeregelung tatsächlich eine Ausnahme ist. Weitere Audits in anderen Mitgliedstaaten sind von der EU-Kommission auch für das Jahr 2019 geplant.

## Vorsichtiges herantasten

Der zweite Teil des Aktionsplans stellt das Konzept für die zukünftige Herangehensweise zum schrittweisen Kupierverzicht dar, aus dem sich grundsätzlich zwei Handlungsoptionen für die Schweinehalter ergeben. Zum einen über die Reduzierung von Schwanzverletzungen bei kupierten Tieren mit entsprechenden Maßnahmen und zum zweiten über eine Gruppe unkupierter Schweine im Bestand, die bei wiederholter erfolgreicher Haltung schrittweise zu vergrößern ist. Für die erste Option werden die Anforderungen an den Nachweis definiert, dass das Kupieren bzw. die Haltung unkupierter Schweine ggf. im Einzelfall unerlässlich ist. Tierhalterinnen und Tierhalter, die die Schwänze ihrer Schweine kupieren bzw. kupierte Schweine einstellen, müssen dementsprechend über die Einhaltung des gesetzlichen Mindeststandards hinaus die Unerlässlichkeit für ihren Betrieb nachweisen. Die Agrarminister/innen haben hierzu eine gemeinsame Herangehensweise verabschiedet. Es wurden Möglichkeiten erarbeitet, wie Schweinehalterinnen und Schweinehalter dies den zuständigen Veterinärämtern zukünftig darlegen können. Hierzu ist es einerseits notwendig, das Auftreten von Schwanz-/Ohrverletzungen zu dokumentieren und andererseits die Haltungsbedingungen und das Betriebsmanagement so zu optimieren, dass Schwanzbeißen möglichst vermieden wird. Es muss nachweislich durch einen fortwährenden Prozess von Optimierungsmaßnahmen darauf hingearbeitet werden, Schwanzbeißen möglichst zu verhindern. Hierzu ist vorab die Durchführung einer Risikoanalyse ein erster Schritt, um betriebsindividuelle Risikofaktoren für das Auftreten von Schwanzbeißen zu identifizieren und Optimierungsmaßnahmen prioritär in den Hauptrisikobereichen eines Betriebes umzusetzen. Im Aktionsplan ist vorgesehen, dass die Darlegung ab dem 1. Juli 2019 mittels einer Tierhalter-Er-

## Fortschreitende Selbstotimierung

Zu den Zielen des Aktionsplans gehört somit, die Haltungsbedingungen und das Management betriebsindividuell so weit zu optimieren, dass das Auftreten von Schwanzbeißen zunächst auch bei den kupierten Tieren reduziert wird. Hierüber kann die Ausgangsbasis geschaffen werden, im nächsten Schritt Erfahrung mit kleinen Gruppen unkupierter Schweine zu sammeln und die Anzahl unkupierter Schweine schrittweise zu steigern. Weiteres Ziel ist es, Rechtssicherheit für Schweine haltende Betriebe und die Veterinärverwaltung im Hinblick auf den Nachweis und die Überprüfung der Unerlässlichkeit des Kupierens zu schaffen. In der Gesamtbetrachtung bietet das Konzept des Aktionsplans demzufolge einerseits die Möglichkeit, eine bundesweit einheitliche Vorgehensweise für mehr Tierwohl in der Schweinehaltung zu gewährleisten und andererseits, dennoch größtmögliche Flexibilität zu gestatten, um den individuellen Gegebenheiten der Schweine haltenden Betriebe optimal Rechnung tragen zu können. Auch wenn die Umsetzung des Aktionsplans bereits im Jahr 2019 mit weiteren Anforderungen an die Schweine haltenden Betriebe einhergeht, ermöglicht diese Herangehensweise aber auch weiterhin den Weg eines schrittweisen Einstiegs in die Haltung unkupierter Schweine. Ein entscheidender Punkt bei der Umsetzung wird vor allem die Einbeziehung der Importferkel sein, um Wettbewerbsverzerrungen möglichst zu vermeiden. Insbesondere im Hinblick auf diesen internationalen Ferkelhandel finden deshalb auf Landes- wie auch auf Bundesebene bereits Abstimmungsgespräche mit den für die Ferkelverbringung nach Deutschland wichtigen Nachbarstaaten statt.

Dr. Sarah Pütz,  
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz  
des Landes Nordrhein-Westfalen

# Das Auge macht den Unterschied

Ob Ringelschwanzhaltung funktioniert, hängt an vielen Faktoren und guter Tierbeobachtung

Es sind eigentlich nur ein paar Zentimeter Knorpel, Sehnen, rosa Haut und ein paar blonde Härchen am Ende des Schweineschwanzes. Und doch machen sie den Unterschied. „Wir haben sowieso immer nur die allerletzte Schwanzspitze kupiert“, sagt Schweinebäuerin Angela Harms aus Damnatz im Wendland, „ich dachte, da können die letzten zwei Zentimeter doch nicht so eine Herausforderung sein.“ Nach zwei Jahren als Betrieb der Einstiegsstufe des Labels des deutschen Tierschutzbundes mit Beratung, geringeren Besatzdichten, Außenklima, Wühlecke, Strohraufe ist sie dennoch einigermaßen ernüchtert. „Wir hatten viel Leid im Stall“, sagt sie und ihr Mann formuliert es später fast wortgleich. Die emotionale Dimension des Ringelschwanzes ist nicht zu unterschätzen. Derzeit kupieren sie wieder die Spitzen. Es ist gerade alles wieder so ruhig, da denke ich, man könnte es schon wieder mit einer Gruppe probieren“, sagt Angela Harms. Ihr Mann Henning scheint skeptischer, fürchtet, wirklich nachhaltig sei dem Thema nur mit einer anderen Genetik beizukommen, die Leistungsgrenzen seien überreizt. Nichts, was sich schnell ändern ließe,

zumal Harms eine jahrelange gute Zusammenarbeit mit einem Sauenhalter pflegt. Hinzu kommt die Tatsache, dass es zumindest in Norddeutschland keine umfangreiche nachhaltige Vermarktung und Honorierung für Schweinefleisch aus einer tiergerechteren Haltung gibt – sieht man von Neuland und Bio ab. Deshalb sind Harms eher ablehnend, wenn es um bauliche Veränderungen geht, auch wenn Stroheinstreu sicher die Situation entschärfen könnte, so sieht es Angela Harms. Aber schließlich sei auch der Sohn zurückhaltend im Hinblick auf den Stress und die viele Zeit im Stall. Die Bauern seien eben sehr betriebswirtschaftlich ausgebildet heute, sagt sie und es schwingt auch Bedauern mit.

## Wollen weiter

Dass man ein dickes Fell brauche, nervlich immer angespannt sei, das konstatiert auch August Fallapp in Hinblick auf die Versuche, auch auf seinem Schweinemastbetrieb mit 600 Mastplätzen die Ringelschwanzprämie des Landes Niedersachsen wahrzunehmen. Es fange an mit mehr Platz, „je mehr desto besser“. Im Stall laufen nun nur noch 450 Tiere, mehr Zeit für die Tierbe-

obachtung, „immer mal ‘ne viertel Stunde hinstellen und gucken“ und sofortiges Eingreifen, „wenn wer spinnt“. Hanfseile, Heu, „klar haben wir dann so Placken auf der Gülle“. Der Vermarkter interessiere sich nicht, „aber man will ja was machen, nicht dagegen sein, deswegen mühen wir uns weiter“, beschreibt er die gesellschaftliche Stimmung auch als Antrieb. Wenn es gut läuft, sprich 70 % einen unversehrten Schwanz haben, gibt es immerhin die Ringelschwanzprämie – noch. „Von Otte-Kinast ist die ja nur noch geduldet.“

## Rasierklinge

Aber es gibt auch andere Stimmen. Matthias Erle mästet schon seit Jahren konventionell Schweine mit Ringelschwanz und sagt, es gehe, wenn man ständig gucke und an vielen kleinen Schraubchen drehe. Der Aufzucht als Kinderstube, in der gute oder schlechte Manieren gelernt werden, komme eine Schlüsselfunktion zu. Licht, Außenklima, Platz, Abwechslung und gutes Futter, vor allem aber müsse man sich mit dem Tier beschäftigen wollen, sich Gedanken machen und die Bedürfnisse erkennen. Es sei oft auch eine Mentalitätsfrage, ob der „Ritt auf der Rasierklinge“ – lange Schwänze in einem Stall ohne Stroheinstreu – gelinge, so Erle. Gerade heute, wo es oft nur um die Ökonomie gehe.

## Überlaufender Eimer

„Das Auge entscheidet“, sagt auch Karl-Heinz Tölle von der Interessengemeinschaft der Schweinehalter (ISN), „und dann im Notfall schnell zu reagieren.“ Er zeichnet das Bild vom Eimer, der sich durch verschiedene negative Faktoren fülle: einen schlechten Gesundheitszustand des Bestandes, zu wenig Platz, Defizite in der Frage der Beschäftigung, Futter oder Buchtenstrukturierung, die Genetik. Wenn dann etwas Unvorhergesehenes geschehe wie eine drückende Wetterlage, Sturm oder ein klemmender Futterautomat, könne das der Tropfen sein, der das Fass zum Überlaufen bringe. Die Strategie müsse also sein, überall zu optimieren, um „vom Rand des Eimers wegzukommen“. In diesem Sinne versteht er auch den geplanten Aktionsplan Ringelschwanz, mit seiner Aufforderung an die Bauern und Bäuerinnen, Dinge auszuprobieren. Dass er in einer Situation kommt, in der die Stimmung der

Schweinehalter von Unsicherheit und finanziellem Druck geprägt ist, steht auf einem anderen Blatt. Vielen fehle die Perspektive fürs Weitermachen oder anders machen, der rechtliche Rahmen wie auch die Vermarktung.

## Tierbeobachtung, Tierbeobachtung

„Die Bauern sind die Gelackmeierten“ sagt Jan Hempler, Leiter des Schweinebereiches des Landwirtschaftlichen Bildungszentrums im nordniedersächsischen Echem. Auf sie kommt mit dem Aktionsplan einmal mehr neuer Formalismus zu und keiner wisse, wo es nun genau hingehet. Bei Hempler landen inzwischen viele Anfragen von Bauern und Bäuerinnen, die eine neue Richtung in der Schweinehaltung einschlagen wollen. „Grundlage muss ein guter Gesundheitsstatus sein, dann nicht einfach nur mehr Platz, sondern Funktionsbereiche“, Angebote, der aufregten Hochleistungsgenetik Rückzugsmöglichkeiten zu verschaffen, Klimasteuerung und Tierbeobachtung, Tierbeobachtung, Tierbeobachtung. „Und am Ende ist es so: Mit Stroheinstreu kann ich eben doch viele Unzulänglichkeiten an anderen Stellen kompensieren.“ Eine entscheidende Schwierigkeit löst allerdings auch das nicht: die Frage der Vermarktung. cs

## Aufwand oft zu hoch

Frust über überbordende Bürokratie, die besonders kleine bäuerliche Betriebe unverhältnismäßig trifft, gibt es nicht selten. In Niedersachsen beispielsweise ist für die Förderung von Tierwohlmaßnahmen wie Ringelschwanz, freie Abferkelung oder artgerechte Ferkelaufzucht ein nicht unerheblicher Fortbildungs- und Dokumentationsaufwand vorgegeben. Gleichzeitig gibt es eine Bagatellgrenze von 500 Euro. Der kleine, mit alten Rassen züchtende Ferkelerzeugungsbetrieb von Heike Haubrok, der für einen Teil seiner aufgezogenen und verkauften Ferkel keine Lieferscheine beibringen konnte, blieb schließlich unter der Bagatellgrenze. Trotzdem über Bestandsbücher alle Tiere dokumentiert werden, reichen solche Nachweise nicht für die auch zum Teil an EU-Regularien gebundenen ELER-Programme. Gerade unter kleineren Betrieben hört man schließlich häufiger, was Neuland-Bauer Heinrich Rodenberg dazu sagt: „Für die paar Euro betreibe ich den ganzen Aufwand nicht, das lohnt alles nur für Große.“ cs



Licht, Luft, Stroh und immer einen Blick aufs Tier...

Foto: Schievelbein

# Volksbegehren zwingt zum Handeln

Wenn man die Bauern nicht mitnimmt, ist der Wunsch vieler Menschen von einer anderen Landwirtschaft nicht zu erreichen

**Z**eitlich gut platziert, etwa zur Halbzeit des Eintragungszeitraums des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“, veranstaltet der bayerische Rundfunk eine „Münchner Runde“. Und obwohl Anfang Februar der Trend zum Erfolg von „Rettet die Bienen“ schon klar erkennbar ist, schärft die bayerische Landwirtschaftsministerin, Michaela Kaniber, ihre Pfeile und wirft der Vertreterin der Initiatoren, Agnes Becker (ÖDP), nicht ohne Häme eine inhaltlich schlechte Ausarbeitung vor. Klar stellt sich die Ministerin auf die Seite des Bauernverbands und sieht sich damit am Ende der Frist, eine Woche später, gut 1,745 Millionen Wahlberechtigten gegenüber, die dieses Volksbegehren, nicht selten nach langem Warten vor den Rathäusern, mit ihrer Stimme unterstützt haben. Vielleicht zum Glück sind die erforderlichen zehn Prozent aller Wahlberechtigten, die landesweite Hürde, auch in jedem Landkreis für sich genommen erreicht worden. Die größte Unterstützung bekam das Begehren in Mittelfranken (20,6 %) und in Oberbayern (20,3 %). Was dennoch in vielen Foren als Tenor bleibt, ist der im Vorfeld vor allem von Seiten des Bauernverbands gemachte Vorwurf des „Bauern-Bashing“. Die Bauern allein, so der Vorwurf an die Initiatoren, würden für das Artensterben verantwortlich gemacht. Für zusätzliche Polarisierung sorgte auch der Vorwurf, dass vor allem Städter ihre Unterschrift leisten würden. Weit weg von der landwirtschaftlichen Praxis und allein dem Slogan „Rettet die Bienen“ folgend, hätten sie vielfach nicht einmal den Text des Volksbegehrens gelesen. Viel entgegenzusetzen brauchten die Initiatoren diesen Vorwürfen freilich nicht. Es waren wohl der richtige Zeit-

punkt und die gute Kampagne, die zum großen Erfolg beitrugen. Dass die Argumentation des Bauernverbands nicht in allen Punkten von der Hand zu weisen ist, spielte zumindest zum Zeitpunkt der Abstimmung keine Rolle. Immerhin könnte man der initiierten ÖDP vorwerfen, es versäumt zu haben, schon im Vorfeld die Protagonisten, zumindest die einer anderen Agrarpolitik zugetanen, wie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und die Bioverbände, mit einzubinden. Diese wurden erst im Laufe der Kampagne gewonnen, ohne dass ihr Fachwissen in den Abstimmungstext mit hätte einfließen können. Gut möglich, dass der Punkt „Kein Walzen nach dem 15. März“, wenn in manchen Regionen noch Schnee liegen kann, durch eine andere Formulierung ersetzt worden wäre.

## zu viele Übertreibungen

Viele andere Punkte hingegen verlieren nüchtern betrachtet die ihnen vom Bauernverband verpasste Sprengkraft. Vor allem auch deswegen, weil sie als Zielvorgaben an die Staatsregierung formuliert wurden. Nicht die Bauern, sondern der Freistaat wäre hier in der Bringschuld, würde der Text des Volksbegehrens zum Gesetz. Dass sich konventionelle Landwirte und Verbandsvertreter bis hin zur Landwirtschaftsministerin um die Absatzwege der Biobauern, für den Fall von 30 Prozent ökologischer Anbaufläche im Jahr 2030, Sorgen machen, wurde von den tatsächlich betroffenen Biobetrieben und ihren Verbandsvertretern nicht aufgegriffen. Aus dem Volksbegehren: „Ziel ist, die landwirtschaftlich genutzten Flächen des Landes nach und nach, bis 2025 mindestens 20 % und bis 2030 mindestens 30 %, gemäß den

Grundsätzen des ökologischen Landbaus gemäß der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 und des Gesetzes zur Durchführung der Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union auf dem Gebiet des ökologischen Landbaus (Öko-Landbaugesetz – ÖLG) in der jeweils geltenden Fassung zu bewirtschaften. Staatliche Flächen sind bereits ab 2020 gemäß diesen Vorgaben zu bewirtschaften.“

## Schneller Richtungswechsel

Auch wenn die Landwirtschaftsministerin und der bayerische Ministerpräsident Markus Söder sich klar gegen die Inhalte des Volksbegehrens aussprachen, haben sie doch das Signal aus der Bevölkerung verstanden. Denn nach dem ersten erfolgreichen Schritt scheint es sehr gut möglich, dass, wenn es keinen alternativen Vorschlag gibt, der Text des Volksbegehrens zum Gesetz werden könnte. Aus diesem Grund hat Söder einen runden Tisch eingeführt. Ganz nebenbei hat er sich damit nicht nur als Vermittler positioniert, sondern auch die Rolle des Getriebenen mit der des Machers getauscht. Die Begleitung des weiteren Prozesses, die gesellschaftliche Diskussion, will dann doch kein führender Politiker aus der Hand geben. Alois Glück, CSU-Politiker und über zehn Jahre Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission, ist mit der Moderatorenrolle beauftragt. Nach einem ersten Treffen zum „Kennenlernen“ eine Woche nach dem positiven Ergebnis, so wird berichtet, soll offenbar an einem „Rettet die Bienen“-Plus gearbeitet werden. Nach Möglichkeit sollen alle Bereiche, vom Straßenrand bis zum Mähroboter oder der Steinwüste im Vorgarten, mit betrachtet werden. Ein derart allumfänglicher Ansatz war im Ursprungstext nicht möglich, da sich ein Volksbegehren immer nur auf ein Gesetz beziehen darf. Inwieweit durch eine unübersichtliche Vielfalt von Maßnahmen versucht werden soll, das eigentliche Ansinnen zu torpedieren, lässt sich augenblicklich nicht beurteilen. Für die AbL forderte Josef Schmid eine Änderung der Agrarpolitik: „Das Artensterben ist nicht zu stoppen, indem man der Landschaft ein paar ‚Zierstreifen‘ verpasst. Wir brauchen eine Agrarpolitik und Agrarförderung, die die Ursachen für den Intensivierungsdruck abstellt. Das von Ministerpräsident Söder ausgegebene Motto ‚Rettet die Bienen und die Bauern‘ ist zu begrüßen, wobei die Bauern nicht vor Volksbegehren gerettet

werden müssen, sondern vor einer Agrarpolitik, die solche Volksbegehren notwendig macht.“ Für das weitere Vorgehen plant der Leiter des Runden Tisches, Alois Glück, in den nächsten Wochen, Gespräche mit einzelnen Organisationen, aber auch themenbezogene Arbeitsgruppen.

In der *Top Agrar online* fragt Chefredakteur Dr. Ludger Schulze-Pals, ob es nicht Zeit für eine andere Art der Agrarpolitik sei, eine Agrarpolitik unter Einbeziehung der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure, raus aus der Dauerkonfrontation und für einen radikalen Kurswechsel. In mehr Gemeinsamkeit und einem verantwortlichen Umgang miteinander könnte der neue Weg liegen, so die Einschätzung von Schulze-Pals.

## Siegestaumel

Einen neuen Weg des Miteinanders zu gehen, fordert von allen Beteiligten viel Umdenken und die Einsicht, dass die Zeit der Alleinvertretungsansprüche zu Ende ist. Es wird auch auf den weiteren Verlauf des Verfahrens am runden Tisch ankommen, ob der Weg hin zu einer gesellschaftlich getragenen Landwirtschaft beschränkt wird. Dabei könnte gerade der Erfolg des Volksbegehrens in Bayern zur erneuten Hürde werden. Denn schon wird in verschiedenen weiteren Bundesländern an ähnlichen Initiativen gestrickt. In Baden-Württemberg arbeitet „pro-Biene“ – ein Institut für ökologische Bienenhaltung – an einem Konzept und in Brandenburg wollen Naturschutzbund (NABU) und BUND zusammen eine Initiative für ein Volksbegehren starten. Ganz ähnliche Überlegungen gibt es auch in Hessen und in Nordrhein-Westfalen. Natürlich sind nicht über Nacht plötzlich alle Wagenburgen aufgelöst und die Kommunikationskanäle geöffnet. Trotzdem sollte man versuchen, die notwendigen Veränderungen gemeinsam zu formulieren und an deren Umsetzung zu arbeiten. Welche Rolle die Politik, die vor allem auf Bundesebene in den vergangenen Jahren klare Ziele vermissen ließ, in diesem Prozess spielen könnte, muss offen bleiben. Die Zeit, in der die Gesellschaft den Bauern, Landwirten, Agrarökonomern und Investoren, die einen Großteil der Landfläche – in Bayern 45 Prozent – bewirtschaften, weite Gebiete des Ökosystems treuhänderisch überlässt, ohne Forderungen zu stellen, scheint aber vorbei zu sein. *mm*



Da ist viel Musik drin, wenn Bauern und Verbraucher sich zusammen tun Foto: Schievelbein

# Kulturwandel statt Strukturwandel

Für eine neue Bewegung auf dem Land

Die unterschiedlichen Sichtweisen auf das höflich „Strukturwandel“ genannte Bauernsterben beschäftigten mich in meinem Beraterleben und als kleiner Schwarzwaldbauer bis heute. Die Begegnung mit der Berliner Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann öffnete mir den Blick dafür, wie wir selbst beteiligt sind. Den Untertitel ihres Buches „Hurra, wir dürfen zahlen – der Selbstbetrug der Mittelschicht“ erkannte ich nun auch im landwirtschaftlichen Strukturwandel. Vor 20 Jahren habe ich den Wandel der Landnutzung und die Zahl der Höfe einer Schwarzwaldgemeinde in einer Grafik darzustellen versucht. Überrascht hat mich daran, dass es im Zeitraum von über 200 Jahren zweierlei Trends gibt. Nämlich dass sich im 19. Jahrhundert die Zahl der Höfe mehr als verdoppelt hat, und der Trend des „Strukturwandels“, der erst mit dem Wirtschaftswunder seit dem Zweiten Weltkrieg begonnen hat. Die Frage, warum im 19. Jahrhundert die Zahl der Höfe zugenommen hat, obwohl auch die Industrialisierung damals im Schwarzwald ihre Anfänge hatte, hat mich lang beschäftigt. Erst durch die Auseinandersetzung mit dem Wandel unseres Ernährungssystems ist mir klar geworden, dass vor Eisenbahn und Auto die lokale Versorgung mit dem Lebensnotwendigen die Voraussetzung für die industrielle Entwicklung war. In dieser Situation wurden viele der relativ großen Schwarzwälder Anerbenhöfe aufgeteilt oder Teile davon abgeteilt, um mehr Nachkommen eine Existenz zu bieten, mit der sie, oft zusammen mit einem Handwerk, sich selbst und den lokalen Bedarf versorgen konnten. Dann kam die Trendwende zum Strukturwandel mit dem Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg. Seit es alles aus dem globalen Markt zu kaufen gibt, schrumpfte erst die lokale Versorgungswirtschaft und dann die Landwirtschaft an Grenzstandorten. In diesem Spannungsfeld haben mich drei Schlüsselerlebnisse über das Verhalten der bäuerlichen Mittelschicht nachdenklich gemacht und geprägt:

## Der Mansholt-Plan

Vor 50 Jahren hat der erste Agrarkommissar der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Diskussion um den Strukturwandel öffentlich gemacht, obwohl er damals schon zwei Jahrzehnte in Gang war. Im nach ihm benannten Mansholt-Plan hat er eine Umstrukturi-

erung der europäischen Landwirtschaft zu aus seiner Sicht rentablen Betriebseinheiten vorgeschlagen. Die Bauernverbände bliesen zum Sturm und luden ihn auch in den Schwarzwald ein. Bei der Besichtigung eines Schwarzwaldhofes erklärte er nüchtern: „Hier wird es im Jahr 2000 keine Landwirtschaft mehr geben, weil sie im Gemeinsamen Markt mit Gunstlagen nicht konkurrieren kann.“ Ich war gerade von einem Praktikum in Dänemark zurück, wo ich Landwirtschaft in einer Gunstlage erlebt hatte, und auch, wie Bauern trotz hoher Milchleistungen ihre Melker nicht mehr zahlen konnten und sich auf arbeitssparende Betriebszweige spezialisierten. Doch in der hektischen Debatte wollte von solchen Folgewirkungen niemand hören. Nur im kleinstrukturierten Süden öffnete sich die Agrarpolitik für Nebenerwerb, Maschinenringe und Kooperationen, und von der EWG wurde die Ausgleichszulage für Berggebiete eingeführt. In derselben Zeit musste ich mich persönlich entscheiden, weil meine Liebste den elterlichen Hof mit 15 ha übernehmen sollte. Darauf wurde der Leiter des Landwirtschaftsamtes aufmerksam und bot mir eine Stelle als Tierhaltungsberater an. Nach einigem Zögern begann ich ein Doppelleben, nicht nur zwischen Familie, Hof und Beratung, sondern auch zwischen den Bauern – zwischen damals schon zwei Dritteln sogenannten Nebenerwerbslandwirten und dem Ideal des produzierenden Haupterwerbslandwirts, welcher das Denken in der Beratung bestimmte.

## Die Milchkontingentierung

Nach jahrelangen Debatten über Milchseen und Butterberge wurde 1984 in der EWG, wie zuvor schon in der Schweiz, die Milchkontingentierung eingeführt. Weil die Milchleistungen pro Kuh zwischen Schwarzwald und den Gunstlagen im Norden weit auseinanderlagen, entstand ein Gefühl der politischen Benachteiligung, das mit Bekanntwerden der Härtefallregelungen in Neid umschlug. Denn wer im Referenzzeitraum einen größeren Stall gebaut hatte, bekam ein höheres Kontingent, und zugleich wurde aufgabewilligen Milchbauern eine „Milchrente“ angeboten. Damit stand ich als Berater unvorbereitet zwischen Gewachsenen und Weichenden. Also versuchte ich die Erfolgsmaßstäbe an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen: von der Milchleistung pro Kuh zur Leistung aus dem Grundfutter.



Alles zusammen: Landwirtschaft, Kulturlandschaft, Freizeitkultur Foto: Tama66/pixabay

Doch die Tierzüchter, überwiegend mit mittleren Höfen, zeigten mir die kalte Schulter und klammerten sich weiter ans gewohnte Leistungsranking. Und als ich dann noch Mutterkuhhaltung als alternative Grünlandnutzung ins Gespräch brachte, musste ich hören, dass man Sofamelker nicht unterstützen müsse. An diese widersprüchlichen Reaktionen habe ich mich erinnert, als ich vom Selbstbetrug der Mittelschicht von Ulrike Herrmann gelesen habe. Weil die Mehrheit der Landwirte in den wachsenden die „richtigen“ Bauern sieht, unterstützen sie damit politisch den Strukturwandel selbst.

## Die neoliberalen Agrarreformen

Ab 1992 wurde in der EWG die Agrarpolitik von der Preisstützung erst zu Kulturpflanzen- und Tierprämien und später zu Flächenprämien umgebaut. Zusammen mit dem friedlichen Fall des Eisernen Vorhanges und dem Anfang des globalen Freihandels standen die Reformen unter der Zielsetzung, die Landwirtschaft „wettbewerbsfähig“ zu machen. Gleichzeitig wurden zur Abfederung Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsprogramme aufgelegt. Sogar der bis dahin verpönte biologische Landbau wurde damit förderfähig. Ein Doppelspiel zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz nahm seinen Lauf, das bis heute anhält. Zunächst habe auch ich, wie immer noch viele, geglaubt, mit regionalen Qualitätsstrategien bestehen zu können. Allmählich dämmerte es mir aber, dass der sogenannte freie Markt gar kein Markt im klassischen Sinne ist, sondern von wenigen Lebensmittelkonzernen und Handelsketten kontrolliert wird, deren Macht nicht nur die Preise der Lieferanten drückt, sondern auch die Qualitätsstandards für alle bestimmt. So hat die neoliberale Entwicklung die schwindende Zahl der Bauern tief gespalten: in

wettbewerbsgläubige und resignierende. Mit der Tragik, dass alte bäuerliche Zusammenschlüsse zerbröckeln und neue am Egoismus des Wettbewerbsdenkens scheitern.

## „Kulturwandel statt Strukturwandel“

Wir haben wir deshalb als Motto für unser Forum Pro Schwarzwaldbauern gewählt, das wir vor bald 20 Jahren gegründet haben. Wegen der Sinnkrise zwischen Landwirtschaft und Landschaftspflege und aus der Einsicht heraus, dass im Strukturwandel irgendwann der letzte Schwarzwaldbauer weichen wird. Weil die bisherigen agrarpolitischen Maßnahmen diesen Prozess nicht einmal bremsen, sind wir der Überzeugung, dass sich unsere Kultur wandeln wird. Es ist eine gesellschaftliche Transformation, wie es neudeutsch heißt, zu einer insgesamt nachhaltigen Kultur im Einklang mit unserer Erde notwendig, um gegen die Krisen von Klima, Umwelt, Finanzen und Zusammenleben widerstandsfähiger zu werden. Das Experimentieren mit Gärtnern, Solawis, Selbermachen usw. sind Versuche urbäuerlicher Art in diese Richtung – für Bauern und Bäuerinnen die Chance, mit den eigenen Versorgungsmöglichkeiten der Tretmühle des Strukturwandels etwas zu entkommen. Doch solche Vorstellungen kommen in keinem Bildungs- und Beratungskonzept vor. Nach meiner Beobachtung ist der Engpass für die neue urbane Versorgungslust das urbäuerliche Erfahrungswissen. Damit die vielen neuen kleinen Gegenbewegungen nicht wie der Biolandbau von den Marktmächten des nicht nachhaltigen Strukturwandels vereinnahmt werden, brauchen sie geistige Orte für einen gemeinsamen Dialog zu einer nachhaltigen Kultur.

Siegfried Jäckle,  
Bauer und ehem. Berater im Schwarzwald

# Tschechiens Premier, Politik und Geschäft

Der von Premierminister Andrej Babiš gegründete Agrarkonzern Agrofert ist auch in Deutschland aktiv

## Veganer outen Milchbauern

Die von Veganern gegründete Gruppe „Project Calf“ (Projekt Kälbchen) hat eine Karte mit den Namen und Adressen von Milchbetrieben in England und Wales online veröffentlicht. Auf ihrer Website ruft die Gruppe dazu auf, die Farmer wissen zu lassen, dass „ihr schmutziges Geschäft alle angeht“. Aktivisten sollen handeln und die „Gräueltaten“ auf den Betrieben in Bild oder Video festhalten und auf der „Project Calf“-Website oder in sozialen Medien veröffentlichen. Landwirte und landwirtschaftliche Organisationen fürchten, dass die Veröffentlichung von Namen und Adressen die Milchproduzenten, ihre Familien und die Betriebe zum Ziel militanter Aktivisten machen könnte. In einem Interview mit dem Landfunk der BBC erklärte Jess, eine Sprecherin für „Project Calf“ die nur mit ihrem Vornamen genannt werden wollte, die Ziele der Organisation seien friedlich, man wolle aufklären und suche die Diskussion mit Farmern. Sollten Aktivisten Gewalt anwenden, so geschehe das nicht im Namen von „Project Calf“. Es ist unklar, wer hinter der Organisation steht, die Website ist auf den Bahamas registriert, das Impressum fehlt. ml

Seit dem 2. August 2018 werden „keinerlei Mittel aus europäischen Programmen“ an Tschechien und/oder an Projekte in Tschechien ausgezahlt. Das erklärte der EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU), zuständig für Haushalt und Personal, im Dezember 2018 im Rahmen einer von den Grünen beantragten Debatte im EU-Parlament. Anlass ist ein Interessenkonflikt, der mit dem Namen Andrej Babiš verbunden ist, der 2013 mit einer Parteineugründung (ANO) und als deren Vorsitzender in die Politik eintrat, zunächst Finanzminister und 2017 Premierminister wurde. Bereits seit 2014 liegt dieser Konflikt in Brüssel auf dem Tisch, wurden nicht nur seitens des EU-Parlaments Hinweise an die Kommission ge-

Ammoniakproduzent Deutschlands, sowie der Brot- und Backwarenhersteller Lieken AG zum Konzern. Für die EU besteht ein Interessenkonflikt laut Artikel 61 der Verordnung 2018/1046 dann, wenn ein Finanzakteur oder eine andere Person zum Beispiel aufgrund wirtschaftlicher Interessen, „die auf direkten oder indirekten persönlichen Interessen beruhen, seine bzw. ihre Aufgaben nicht unparteiisch und objektiv wahrnehmen kann“. Auf diesen Konflikt verweisen gleich mehrere Stellungnahmen, die dann auch zu einer entsprechenden Entschließung des EU-Parlaments im Dezember 2018 führten und Kommissar Oettinger zum Handeln zwingen, geht es doch um viele Millionen Euro aus dem EU-Haushalt. Bei Eintritt von

einer der fünf Begünstigten der Treuhandfonds ist.

## EU-Parlament bohrt

„Andrej Babiš muss eine Entscheidung treffen: Entweder vertritt er als Premierminister die Interessen seines Landes oder er vertritt als Firmenchef die Interessen seines Konzerns. Eine solche Vermischung von politischen und wirtschaftlichen Zielen ist nicht hinnehmbar. Bis zu einer Entscheidung sollten alle EU-Zahlungen an die Firmengruppe eingestellt werden“, erklärt Maria Heubuch (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied des EU-Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.

## Geld fließt nach wie vor

Kritische Fragen zu seinem Wirken in Tschechien begegnet Babiš schon mal mit einem Verweis auf Deutschland. Über sein Image solle man sich dort bei dem „Chef der BayWa, bei Raiffeisen, bei Herrn Tönnies“ oder bei den Banken erkundigen und nicht bei Journalisten, die „Lügen über Babiš“ schreiben, so Babiš in einer Reportage des MDR-Fernsehens im Jahr 2016. Jüngsten Medienberichten aus Tschechien zufolge fließen weiterhin Mittel aus der EU nach Tschechien. Das hätten die EU-Kommission und die nationale Zahlstelle in Tschechien bestätigt. Ausgesetzt seien lediglich die Mittel aus dem Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESF)-Programm, nicht jedoch die aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL). Und die haben für den Konzern große Bedeutung. So lag der Konzerngewinn der Agrofert-Gruppe laut Medien 2017 bei 4,8 Milliarden Kronen. Die EU-Subventionen beliefen sich im selben Jahr auf 2,1 Milliarden Kronen (aktuell entspricht eine tschechische Krone 0,039 Euro). Die Subventionen machen damit 43 Prozent des Gewinns von Agrofert aus. Für Maria Heubuch verdeutlicht der Fall Babiš „einmal mehr den dringenden Reformbedarf der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik. Dieser Megakonzern aus der Agroindustrie erhält jährlich über 80 Millionen Euro an Direktzahlungen, während viele kleinere und mittlere bäuerliche Betriebe ums Überleben kämpfen. Agrarsubventionen sollten in Zukunft nur noch an diejenigen bezahlt werden, die diese auch wirklich benötigen – und niemals an die Superreichen.“ Mehrmals sind Vertreter der EU-Kommission im Januar und Februar dieses Jahres nach Tschechien gereist, um den möglichen Interessenkonflikt zu überprüfen. Einen Bericht mit den entsprechenden Ergebnissen hat Günther Oettinger für April, noch vor den Europawahlen, angekündigt.

FebL



Wohin geht es im Interessenkonflikt zwischen Premierminister Andrej Babiš und der EU, hier vertreten durch Kommissionspräsident Juncker? Foto: e.europe.eu

ben, jedoch „eine eher lustlose EU-Kommission gesehen“, wie die CDU-Europaabgeordnete Ingeborg Gräßle die jahrelange weitestgehende Untätigkeit der Kommission beschreibt.

## Auch in Deutschland

Babiš ist nicht nur Tschechiens Premierminister, sondern war im Jahr 1993 auch Gründer des Agrarkonzerns Agrofert, dem nach eigenen Angaben mittlerweile größten Konzern in der tschechischen und slowakischen Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie. Er umfasst mehr als 230 Unternehmen aus den Bereichen Chemie, Lebensmittelindustrie, Landwirtschaft (mit über 100.000 Hektar Land), Landtechnik und Technologien, Forstwirtschaft und Holzproduktion, erneuerbaren Energien und Medien, darunter die größten Tageszeitungen Tschechiens. Der Konzern ist auch in Deutschland aktiv. So gehören hier beispielsweise der Düngemittelhersteller SKW Piesteritz, größter Harnstoff- und

Babiš in die Politik erhielt Agrofert zum Beispiel 42 Millionen aus dem EU-Struktur- und Investitionsfonds. Im Jahr 2017 sollen es 82 Millionen Euro gewesen sein. Um den Eindruck von Interessenkonflikten zu vermeiden und in Tschechien geltenden Vorgaben zu entsprechen, hat Babiš 2017, als er Premierminister wurde, seine Anteile am Agrofert-Konzern an zwei Treuhandfonds übertragen und behauptet seither, mit den Agrofert-Geschäften nichts mehr zu tun zu haben. Zu einem ganz anderen Urteil kommt in einem Gutachten der juristische Dienst der EU-Kommission. Er hält den Interessenkonflikt für „unüberbrückbar“. Auch eine jüngst erstellte Studie namhafter tschechischer Juristen kommt zu dem Urteil, dass die Bildung der Treuhandfonds an der eigentlichen Eigentümerstruktur nichts geändert habe. Zuvor hatte bereits der tschechische Ableger von Transparency International im slowakischen „Register für Partner des öffentlichen Sektors“ herausgefunden, dass Babiš

# Behörden als Datensammler für die STV?

EuGH verhandelt, ob Thüringen zu Recht die Auskunft verweigert hat

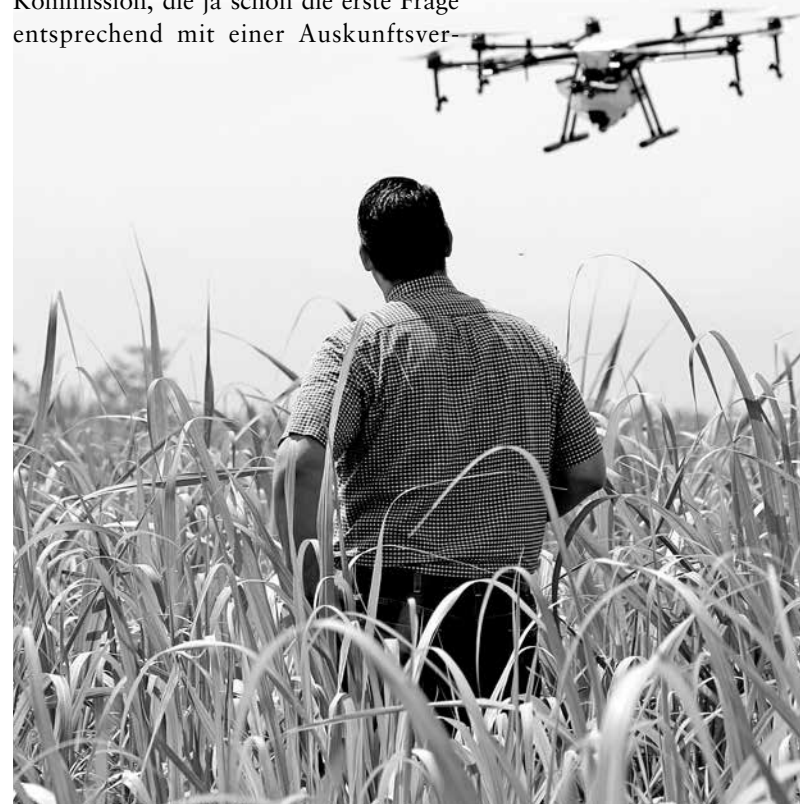
**W**ieder einmal war der Nachbau Thema vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Allerdings nicht weil Bauern und Bäuerinnen eine gerichtliche Auseinandersetzung mit der Saatgut-Treuhandverwaltungs-GmbH (STV) zu klären haben, sondern jemand ganz anderes – das Land Thüringen. Im vergangenen Jahr hatte die STV bei den entsprechenden Landesbehörden ein Auskunftersuchen gestellt. Sie wollten die Anbaudaten sämtlicher landwirtschaftlicher Betriebe des Landes, das diese zwecks EU-Agrarförderung erhebt. Das Landesamt lehnte ab und berief sich auf ein gesetzlich verbrieftes Verweigerungsrecht bei Anfragen von privatrechtlicher Seite. Daraufhin strengte die STV ein juristisches Verfahren an. Das Oberlandesgericht (OLG) in Jena verwies schließlich seine zwei zentralen Fragen an den EuGH in Straßburg. Dieser – so ist das übliche Prozedere – forderte dann Stellungnahmen von der EU-Kommission und den Mitgliedsstaaten ein. Dem sind in diesem Fall die Kommission und Spanien nachgekommen. Die erste Vorlagefrage lautet sinngemäß: Besteht ein Auskunftsanspruch gegenüber amtlichen Stellen, der sich allein auf Arten von Pflanzen bezieht, ohne dass auch Auskünfte zu einer geschützten Sorte verlangt werden können? Es gibt eine entsprechende Verordnung, in der dem Sortenschutzinhaber die Möglichkeit eingeräumt wird, bei „mit der Überwachung betrauten“ amtlichen Stellen Informationen zu „bestimmten Arten oder Sorten“ bzw. einer „betreffenden Sorte“ – so ist es ausdrücklich formuliert – zu erfragen. Die STV beruft sich auf diese Verordnung, fragt allerdings ja nicht gezielt, sondern pauschal an, deshalb die Frage des Gerichts,

wie auf eine so allgemeine Frage reagiert werden müsse. Die STV wie auch die EU-Kommission haben in der mündlichen Verhandlung deutlich gemacht, dass sie so einen allgemeinen Auskunftsanspruch für gerechtfertigt halten. Die Anwältinnen des Landes Thüringen beziehen die gleiche Position wie die Intergemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze: Die Verordnung wäre wohl kaum so spezifisch formuliert, wenn sie nicht auch so gemeint wäre, um umfangreiche Datenmengen vor dem Zugriff privatwirtschaftlicher Stellen zu schützen. Vor dem Hintergrund der vergangenen Auskunftsverfahren vor dem EuGH, bei dem ein wesentlicher Dreh- und Angelpunkt das Instrument der „sortenspezifischen Anhaltspunkte“ war, welche die STV liefern muss, um Auskunft zu bestimmten Sorten zu erlangen, müsse so auch diese Vorlagefrage beantwortet werden. Auch die Stellungnahme Spaniens im Gericht lehnt einen „unbeschränkten Auskunftsanspruch“ des Sortenschutzinhabers gegenüber amtlichen Stellen ab. Die Begründung der STV, nur durch eine umfangreiche Informationsübergabe könne man die von der Nachbaugebühr befreiten Kleinlandwirte unbürokratisch aussortieren, verfängt nicht. Diese sind über eine einfache Erklärung ebenso schnell raus aus der Nummer.

## Geld für Daten?

Die zweite Vorlagefrage bezieht sich auf die erste, bzw. setzt voraus, dass der EuGH zu der Erkenntnis kommt, dass ein Auskunftsanspruch der STV gegeben ist. In diesem Fall will das Gericht dann wissen, ob das angefragte Landesamt über-

haupt der richtige Ansprechpartner, spricht eine mit der Überwachung der landwirtschaftlichen Erzeugung befassende amtliche Stelle im Sinne der Gesetzesgrundlage, ist. Weiter fragt das OLG Jena, ob die amtliche Stelle, an die so ein Auskunftersuchen gerichtet wird, die Antwort mit dem Hinweis auf den bürokratischen Aufwand verweigern kann oder gar angebotenes Geld für den Ausgleich dieses Aufwandes annehmen darf. Die STV hatte dem Land Thüringen 6.000 Euro geboten. Die EU-Kommission, die ja schon die erste Frage entsprechend mit einer Auskunftsver-



Überwachung und Weitergabe von Daten, wer darf was?

Foto: Herney/pixabay

pflichtung bescheiden würde, sieht auch kein Problem damit, dass das Landesamt richtiger Ansprechpartner ist und für die Datenweitergabe Geld einnimmt. Die thüringischen Anwältinnen argumentieren damit, dass das angefragte Amt nicht die mit der Überwachung der landwirtschaftlichen Erzeugung befassende Stelle ist, da diese Aufgabe verschiedenen anderen Ämtern obliegt. Ähnlich argumentierte auch Spanien in der Verhandlung, mit einem stärkeren Fokus noch auf den Datenschutz. Ablehnung von beiden Parteien erfuhr auch die Möglichkeit des finanziellen Ausgleichs des amtlichen Aufwandes durch die STV.

Nun folgt zunächst der Schlussantrag des Generalanwaltes Michal Bobek, der bereits im Prozess um die neuen Gentechnikverfahren mit Landwirtschaft und Gesellschaft befasst war. Das Urteil wird voraussichtlich im Sommer gesprochen. cs

## Glyphosat-Prozess beginnt spektakulär

Erneut müssen sich der Bayer-Konzern bzw. seine neue Tochter Monsanto für ihr Produkt Roundup mit dem Wirkstoff Glyphosat vor einem US-Gericht verantworten. Bereits 2018 hatte ein kalifornisches Gericht einem Mann Schadensersatz in Millionenhöhe zugesprochen, weil er nach jahrelanger Anwendung von Roundup an Krebs erkrankt war. Nun liegt ein ähnlich gelagerter Fall – ein Gartenbesitzer hat über Jahre Roundup auf seinem Anwesen benutzt und ist an Lymphdrüsenkrebs erkrankt – auf dem Tisch eines erstinstanzlichen Juroren-Gerichts in San Francisco. Allerdings wird diesem Fall eine weitere Reichweite zugemessen als dem ersten Prozess, er gilt als Musterverfahren für zumindest einige der noch über 9.000 ausstehenden Klageverfahren gegen Bayer/Monsanto in Sachen Glyphosat. Das Gericht entschied sich dafür, den Prozess in zwei Teile zu teilen und zunächst die Frage zu verhandeln, ob Glyphosat als krebserregend einzustufen ist. Wenn diese Frage positiv zu beantworten ist, soll darüber verhandelt werden, ob Monsanto unzureichend über die Gefahren informiert, bzw. vertuscht hat. Zum Prozessauftakt warf der vorsitzende Richter der Anwältin des Klägers vor, in ihrem Eingangsplädoyer diese Trennung nicht aufrechtzuerhalten. Diese Trennung der zu klärenden Fragen durchgesetzt zu haben, gilt als erster Erfolg von Bayer/Monsanto, dass es die Laien-Jury erst einmal dazu zwingt, nach einem Gutachtermarathon zu entscheiden, ob sie Glyphosat für krebserregend halten oder nicht. Damit haben sich schon andere schwergetan. Der eigentlich ebenso schwerwiegende Vorwurf, Monsanto agiere mindestens intransparent wenn nicht bewusst unterschlagend, wenn es um Untersuchungen zu Glyphosat geht, wird unter Umständen gar nicht mehr vor dem Gericht behandelt. cs

# Zollenspelz für Bauern interessant?

Tagung über alte Getreidesorten und Populationen der AbL-NRW

**B**esondere Brote aus Emmer und der alten Sorte „Champagnerroggen“ von der Bäckerei Tollkötter aus Münster konnten bei der Tagung „Bäuerliche und alte Sorten/Arten im Ackerbau“ verkostet werden, die im Rahmen des Projektes „Saatgut: Vielfalt in Bauern- und Gärtnerhand“ der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Nordrhein-Westfalen (AbL NRW) am 21. und 22. Februar in Hamm veranstaltet wurde. Zu sehen waren auch Getreidetüten mit Nackthafer und der alten Sorte „Tschermaks Sommerweizen“, die der Biohof Walz aus Bayern auch im Internet verkauft.

nen Sorten, wobei die großen Stroherträge durch die langen Halme nicht vergessen werden dürfen. An der LfL Bayern zeigten die alten Winterweizensorten im konventionellen Anbau Parzellenerträge von durchschnittlich 37 dt/ha (Vergleichssorte Elixer 63 dt/ha) und variierten zwischen 24 und 53 dt/ha. Beim Winterspelzgetreide (Dinkel und Emmer) lagen die Erträge bei durchschnittlich 43 dt/ha (Vergleichssorten: Oberkulmer Rotkorn 33 dt/ha, Zollernspelz 58 dt/ha, Franckenkorn 64 dt/ha) mit minimal 33 dt/ha und maximal 49 dt/ha. „Es gibt einige alte Sorten mit guten Backeigenschaften“,

genüber Gelbrost. Auffällig sei gewesen, dass im letzten Dürresommer die alten Sorten länger grün geblieben seien als die modernen Sorten. Der Anbau sei jedoch herausfordernd, da die Sorten züchterisch nicht an unsere heutige Landwirtschaft angepasst seien und weniger Anbauerfahrungen beständen. Gyso von Bonin, Bio-Landwirt vom Gut Körtlinghausen, äußerte, dass er auf Krankheitsresistenzen wie die gegen Steinbrand in modernen Sorten nicht verzichten wolle. Alte Sorten seien jedoch „frei“, da für sie keine Nachbaugebühren fällig würden. Er sprach sich für „Aufbereitungsmaschi-

anderem Vermarktungswege für Bier und Spirituosen aus alten Getreidesorten. Die geringeren Erträge der alten Sorten müssten natürlich mit höheren Preisen ausgeglichen werden. Bei alten Getreidesorten eigne sich vor allem die regionale Vermarktung, bei der die Besonderheiten der Sorte und die Identität des Landwirtes herausgestellt werden sollten, so Ullrich Schulze. Eine sehr erfolgreiche Vermarktung der alten Getreidesorte „Laufener Landweizen“ mit ökologischem Anbau würde in der deutsch-österreichischen Grenzregion stattfinden, wo Bauern, Müller, Bäcker, Brauer und Naturschützer eng zusammenarbeiteten. Die Tagungsteilnehmer bewerteten die Zusammenarbeit mehrerer Landwirte als wichtig, um größere Mengen Getreide sortenrein in Mühlen verarbeiten lassen zu können und gemeinsam zu vermarkten.



„Gelber Igel“ ist ein Binkel, eine Weichweizenunterart und eine alte Getreidesorte

Foto: Holst

Bei der Veranstaltung stellten sich drei Projekte vor, die sich für Anbau und Nutzung alter Getreidesorten einsetzen. Klaus Fleißner von der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL Bayern) hat in der Genbank Gatersleben nach alten bayerischen Sorten bei Getreide, aber auch nach Kulturen wie Ackerbohnen und Lein gesucht. Die 750 gefundenen Sorten werden nun auf ihre Anbau- und Backeigenschaften untersucht und Saatgut an „Schatzbewahrer“ vermittelt: Landwirte, Museen und Privatpersonen mit mindestens 100 m<sup>2</sup> Anbaufläche.

Die Kornerträge von alten Sorten sind normalerweise geringer als bei moder-

so Fleißner: Bei zehn der Winterweizensorten schwankten die Rohproteingehalte zwischen 9,4 und 17,9 % und die Fallzahlen zwischen 197 und 376 s.

## Länger grün

Der „Verein zur Erhaltung und Reaktivierung von Nutzpflanzen in Brandenburg“ (VERN) beschäftigt sich neben Getreide auch mit Gemüse, Obst und Zierpflanzen. Als Vorteile der langen Halme nannte Rudolf Vögel vom VERN, dass weniger Pilze die hoch über dem Boden stehenden Ähren erreichen würden und die gute Unkrautunterdrückung. Der Winterweizen beim VERN sei weitestgehend resistent ge-

nen in jedem Dorf“ aus, um unabhängiger bei der Getreidereinigung zu sein.

## KULAP

Seit 2000 fördert das Land Brandenburg den Anbau seltener und gefährdeter Kulturpflanzensorten über das Kulturlandschaftsprogramm (KULAP). Teilnehmende Landwirte verpflichten sich, mindestens fünf Jahre lang Sorten der Roten Liste der gefährdeten Kulturpflanzen anzubauen und erhalten dafür 196 Euro/ha (max. 10 ha pro Sorte) oder 400 Euro für kleine Partien nicht größer als 1 ha.

Ullrich Schulze von der Landwirtschaftskammer NRW entwickelt unter

## Ertragsstabilität durch Populationen

Zum Thema „bäuerliche Sorten“ stellte Dr. Jörg Peter Baresel von der Universität Kassel einen neuen Sortentyp aus der Bio-Züchtung vor, den es bereits bei Weizen und Mais zu kaufen gibt: Populationen oder auch Evolutionsramsche sowie „Composite Cross Populations“ genannt. Gründe für die Entwicklung von Populationen seien, dass in den letzten Jahren die Ertragsstabilität abnehme, Resistenzen schnell überwunden würden und bei Sorten für die ökologische Landwirtschaft und für Extensivstandorte die Erträge durch die Züchtung kaum steigen würden. Eine biologische Diversifizierung mittels Fruchtfolge, Arten- oder Sortenmischungen oder Populationen werde als wichtige Antwort auf diese Probleme gesehen. Bei Populationen besitzen die einzelnen Pflanzen im Bestand unterschiedliche Eigenschaften und sind nicht wie bei klassischen Sorten gleichartig. Die Stärke der Populationen sei ihre Vielfalt, wodurch eine höhere Ertragsstabilität erzielt werden könne durch Toleranz von Wetterschwankungen und eine geringe Anfälligkeit für Krankheiten. In Versuchen erzielten sie höhere Erträge als die reinen Linien-sorten. Bei Nachbau könne eine Anpassung an den Standort erfolgen.

*Svenja Holst, AbL-NRW-Projekt  
„Saatgut: Vielfalt in Bauern- und  
Gärtnerhand“*

# Peitsche statt Zuckerbrot

Südzucker beschließt Standortschließung trotz Protest

Am Ende des Tages ist die Südzucker-Aktie um über zehn Prozent gestiegen, da sind die Bauern und Bäuerinnen sowie die Arbeiter und Arbeiterinnen aus den beiden Südzucker-Fabrikstandorten Brottewitz in Brandenburg und Warburg in Westfalen zum Teil gerade wieder zu Hause angekommen. 200 Menschen aus Warburg und 150 aus Brottewitz hatten sich mit Bussen am 25. Februar auf den Weg zur Aufsichtsratssitzung der Südzucker-AG nach Mannheim gemacht, um sich für den Erhalt ihrer Standorte einzusetzen. Gewerkschafter forderten eine Kommission zur Erarbeitung von Alternativkonzepten. Die geplante Schließung der Fabriken hatte Südzucker erst Ende Januar im Rahmen von Restrukturierungsmaßnahmen angekündigt und schließlich trotz des Protests vor der Haustür bei der Sitzung jetzt beschlossen. Schon nach der Kampagne 2019/20 soll Schluss sein in den beiden deutschen Fabrikstandorten wie auch in einem polnischen Werk und zwei von vier Produktionsstätten der französischen Südzucker-Tochter Saint Louis Sucre. Auch der französische Rübenanbauerverband spricht von einem „schrecklichen Schlag“ und will gemeinsam mit den Angestellten für den Erhalt kämpfen.

## „Wichtiger Standort für Region“

Im brandenburgischen Brottewitz werden laut Südzucker-Angaben jährlich 700.000 bis 800.000 Tonnen Rüben, erzeugt von rund 350 Bauern

und Bäuerinnen, von 90 Angestellten zu Zucker verarbeitet, in Warburg sind es 500.000 bis 600.000 Tonnen von rund 800 Bauern und Bäuerinnen und 60 Angestellte. Beides sind traditionsreiche Standorte aus dem 19. Jahrhundert in ländlichen Ackerbauregionen. Südzucker schreibt selbst auf der Konzernhomepage über Brottewitz: „In einer durch die Landwirtschaft geprägten Region ist die Zuckerfabrik Brottewitz wichtiger Industriestandort und Arbeitgeber für die Menschen der Region, Partner der Rübenanbauer sowie bedeutender Auftraggeber für Gewerbe und Dienstleister.“ Die Fabrik in Warburg war bis letztes Jahr die einzige Zuckerfabrik in Deutschland, die Bio-Rüben zu Bio-Zucker verarbeitete. Lieferant Josef Jacobi ist entsprechend enttäuscht. Das sei das Ende der Bio-Zuckerproduktion in der Region, konstatiert er, Südzucker produziere inzwischen Bio-Zucker im bayerischen Rain, über 400 km weit weg. „Ein Transport dahin ist dann nicht mehr ökologisch.“ Wertvolle Futtermittel wie Trockenschnitzel fielen auch weg, eine Blattfrucht in der Fruchtfolge und das alles vor dem Hintergrund einer boomenden Nachfrage nach Bio-Zucker aus der Region. Regionalität werde aber auch konventionell immer stärker nachgefragt, die Schließung von Produktionsstandorten sei da kontraproduktiv, so Jacobi. „Es ist nicht nur so, dass in der Warburger und Soester



Bauern und Arbeiter protestieren gemeinsam bei Südzucker

Foto: Jacobi

Börde keine Rüben mehr angebaut werden, wenn die einzige Zuckerfabrik Westfalens schließt“, viele Warburger Familien seien mit der Zuckerfabrik verbunden. Die Kommune habe zum Teil mit Fördergeldern, die im schlimmsten Fall zurückgezahlt werden müssten, in die Abwasserentsorgung investiert, die Kläranlage brauche die Wassermengen aus der Fabrik, um zu funktionieren, skizziert Jacobi, was für die ländliche Region an so einer Entscheidung hängt. „Und Südzucker hat es selbst zu verantworten, sie haben in den vergangenen Jahren dafür geworben, den Rübenanbau auszuweiten“, wohl wissend, dass die Vermarktungslage nach dem Ende der Zuckermarktordnung nicht einfacher werde. Die Öffnung des Marktes hatte Südzucker in Bedrängnis gebracht. Im laufenden Geschäftsjahr rechnen Analysten mit Verlusten zwischen 150 und 250 Mio. Euro.

Auch für die Rübenbauern und -bäuerinnen ist nach dem Ende der Marktordnung einiges durcheinander geraten. Innerhalb der EU kommt es zu Wettbewerbsverzerrungen, weil einige der Mitgliedstaaten an gekoppelten Prämienzahlungen festhalten, während andere, wie auch Deutschland, nicht jene 500 Euro/ha auszahlen. Des Weiteren sorgt ein unterschiedlicher Umgang mit den eigentlich von der EU verbotenen Neonicotinoiden für Unmut. Vier Mitgliedstaaten erteilten Notfallzulassungen, die erst jetzt von der EU-Kommission wieder kassiert werden sollen. Zucker hat somit derzeit einen mehr als bitteren Beigeschmack. Allerdings nicht für alle: Das ARD-Börsenmagazin schreibt zur Südzucker-Restrukturierungsentscheidung: „Die Anleger reagierten erleichtert auf die Ankündigung.“

cs

# Schmeckt keinem so richtig

Nach Jahren der Ankündigung stellt das Bundesministerium das Tierwohllabel vor

In dem von Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) Anfang Februar dann doch noch vorgestellten staatlichen Tierwohllabel drückt sich einmal mehr ihre Auffassung von ministerieller Arbeit aus: von allem ein bisschen, moderieren statt regieren, Freiwilligkeit statt Verbindlichkeit. „Der Berg kreiße und gebär ein Mäuschen“, kommentierte die agrarpolitische Sprecherin der Linken, Kirsten Tackmann. Sie übt damit nicht nur die erwartbare Kritik der Opposition. Auch Interessenvertreter, die in dieser Frage über den Verdacht der reflexartigen Ableh-

nung erhaben sind, kommentieren ähnlich. So fordert auch die Interessengemeinschaft der Schweinehalter (ISN) ebenso wie das Agrar- und Ernährungsforum Oldenburger Münsterland (AEF) ein verpflichtendes Label. „Die Verbraucher werden an dem Siegel auf den ersten Blick erkennen, dass mehr Tierwohl im Produkt steckt“, sagt die Ministerin und dass man eben niemanden zwingen könne, über den gesetzlichen Standards zu produzieren. Dass die Verbraucher den Erkenntnisgewinn allerdings nur haben, wenn überhaupt Produkte gelabelt werden,

sagt sie allerdings nicht. Das geplante dreistufige Label soll zunächst für Schweinefleischprodukte, später auch mindestens für Geflügel eingeführt und mit einer vom Ministerium geförderten Marketingkampagne beworben werden. Die Kriterien für die Einstiegsstufe liegen über denen der Initiative Tierwohl, lassen aber beispielsweise das Schwänzekupieren weiterhin zu. Es soll keine separate Biostufe geben, was die Biobranche scharf verurteilt. Zwar gibt es auch Rufe nach einer umfänglichen Nutztierstrategie, zum Beispiel von bezeichnet die nordrhein-westfälische

Landwirtschaftsministerin Ursula Heinen-Esser (CDU). Die Forderung, dass Bauern und Bäuerinnen bei von ihnen unternommenen Anstrengungen für mehr Tierwohl im Stall auch direkt finanziell unterstützt werden müssen, erhebt allerdings nur die AbL. „Auf mich wirkt das Tierwohllabel von Frau Klöckner wie ein Schnellschuss, um nicht gänzlich von den Initiativen aus Industrie und Handel abgehängt zu werden“, monierte Mecklenburg-Vorpommerns Landwirtschaftsminister Till Backhaus vom Koalitionspartner SPD.

cs

# Für Ernährungssouveränität in Nordamerika

La Via Campesinas Jugend will die Landwirtschaft umkrempeln

Es ist Ende Januar, es sind 22°C in Mexiko-Stadt, die Luftverschmutzung ist hoch, die Staus in den breiten Straßen der Stadt sind lang. In den Imbissen riecht es nach Tacos und gegrilltem Mais. An bunten Ständen wird frischer Saft aus Orangen, Ananas und Papaya gepresst. Wir besuchen die Stadt, um mehr über Mexiko zu erfahren. Doch unser erstes Ziel ist nicht eines der exzellenten Museen, sondern ein unscheinbares Hotel nahe dem historischen Zentrum. Hier treffen sich Ende Januar Delegierte der Regionalgruppe La Via Campesina Nordamerika aus Kanada, den Vereinigten Staaten und Mexiko. Sie wollen sich austauschen, voneinander lernen und ihre Kräfte bündeln. Wir, das sind mein Partner Sebastian und ich, dürfen als internationale Gäste teilnehmen.

## Armut und Gewalt in Mexiko

Nach einer bewegenden Mystica geht es direkt ums Ganze: die Zukunft der nordamerikanischen Landwirtschaft. Im Jugendforum berichten mexikanische Campesinxs vom Leben in einem Land, in dem über 40 Prozent der Menschen in materieller Armut leben. In Mexiko haben viele Jugendliche weder Zugang zu sanitären Anlagen noch zu Essen, geschweige denn zu einer umfassenden schulischen Ausbil-

dung. Gewalt bestimmt vielerorts das Dorfleben. Und so sieht ein Großteil der jungen Menschen die eigene Zukunft nicht in der Landwirtschaft, sondern in den USA bzw. in Kanada oder im Drogenkartell. Doch das Kartell ist tödlich: Jedes Jahr sterben in Mexiko über 30.000 Menschen im Drogenkrieg, die meisten Opfer sind Jugendliche. Mit der Flucht der Menschen in den Norden gehen ein wichtiger Teil der indigenen Kultur und die Sprache verloren. Das landwirtschaftliche Wissen der Campesinxs kann nicht an die folgende Generation weitergegeben werden. Wer in den USA illegal arbeitet oder in Kanada als günstige Arbeitskraft geduldet wird, versucht sich anzupassen und leugnet die eigenen, indigenen Wurzeln.

## Farmer der ersten Generation

Um mehr übereinander zu erfahren, berichten auch die kanadischen Farmer im Jugendforum über ihre Situation. Sie alle sind Farmer der ersten Generation. Um an landwirtschaftliches, praktisches Wissen zu gelangen, nehmen sie unbezahlte Parktika in Kauf. Der Zugang zu Land ist für sie beinahe unmöglich. In manchen Regionen steigen die Landpreise durch Spekulation jedes Jahr um 80 Prozent. Zudem gibt es ein System handelbarer Quoten für die

Produktion von Milch, Eiern, Geflügel und Ahornsirup.

Quoten, Land und eine praktische Ausbildung, die den Einstieg in die landwirtschaftliche Produktion ermöglichen, sind momentan so teuer, dass es sich nur Kinder reicher Familien leisten können. Doch es gibt auch Positives zu berichten: In Quebec haben die jungen Farmer das Centre Paysan gegründet, eine bäuerliche Ausbildungsstätte, um praktisches und theoretisches Wissen zu teilen.

## Indigene kämpfen um Landrechte

Die Kanadier\*innen stellen außerdem klar, dass sie auf gestohlenem Land wirtschaften, welches die europäischen Siedler\*innen gewaltsam den First Nations entrissen haben. Die jungen kanadischen Farmer wollen in Zukunft enger mit den Indigenen zusammenarbeiten, denn die Anliegen sind ähnlich: Zugang zu Land, Umwelt- und Klimaschutz. So wollen sie verhindern, dass sie in ihrem Kampf um Landzugang gegeneinander ausgespielt werden. Sie berichten, wie das Volk der Wet'suwet'en momentan gegen den Bau einer Gaspipeline im Westen Kanadas kämpft. Die Pipeline, die unter anderem von der deutschen Bank finanziert wird, soll gegen den Willen der Natives auf deren Land gebaut werden. Einige der friedlichen Landbesetzungen wurden von der Polizei geräumt, obwohl das Land den Stämmen der Wet'suwet'en gehört. In einer der Mysticas am Morgen zeigen sie sich solidarisch mit dem Kampf der Wet'suwet'en.

## Die mexikanischen Campesinxs

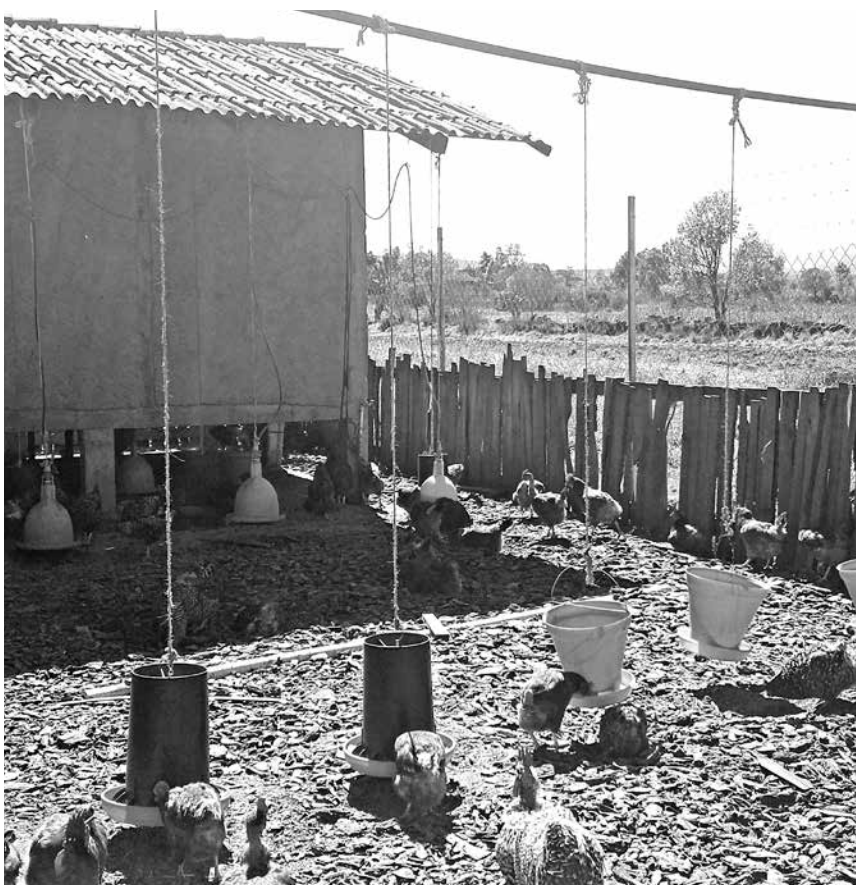
Um mehr über die indigene Jugend auf dem Land zu erfahren, steigen wir nach dem Treffen in unser Auto und fahren gen Osten in den mexikanischen Bundesstaat Michoacán. Der 40-jährige Paco lebt hier mit seiner Familie in der indigen geprägten Stadt Pátzcuaro. Wie Paco zählen sich die meisten Menschen hier zu den Purépecha. Das Stück Land der Familie liegt 15 Minuten außerhalb der Stadt, inmitten schmaler Felder. Traditionell besitzt hier jede Familie der Gemeinde etwa 2.000 m<sup>2</sup>. Früher hat Pacos Vater Getreide angebaut. Viele seiner Nachbar\*innen produzieren Marktfrüchte, allen voran Futtermais für den Export. Körnermais für die Bevölkerung wird wiederum im großen Stil importiert. So ernähren sich viele Campesinxs nicht vom eigenen

Stück Land. Paco ist hier der einzige junge Campesino. Die jungen Menschen aus der Region arbeiten lieber auf Prince Edward Island in Kanada, wo sie in einem halben Jahr in der Fischerei genügend verdienen, um die andere Jahreshälfte in Mexiko zu leben, ohne dort für zehn US-Dollar zwölf Stunden am Tag zu arbeiten. Das war einer der Beweggründe für Paco, ein Gegenbeispiel zu starten. Er will zeigen, dass es vor Ort gute Arbeit gibt. Vor drei Jahren hat er begonnen, auf dem Fünftel Hektar seiner Familie eine Hühnerfarm zu gründen. Er füttert die 500 bis 1.000 Legehennen mit zugekauftem, gentechnik- und pestizidfreiem Geflügelfutter und im Sommer außerdem mit frischer Luzerne. Diese wächst auf der benachbarten Parzelle, die er gemeinsam mit anderen Campesinos bewirtschaftet. Er würde gerne mehr Land bewirtschaften, um das Hühnerfutter selbst anzubauen, doch der Zugang zu Land ist teuer und kompliziert. Bisher hat Paco keinen Weg gefunden, an mehr Land zu gelangen. Die Eier und geschlachteten Hühner kann er an ein Restaurant, das hauptsächlich lokale und biologische Lebensmittel verarbeitet, vermarkten. Neben den Eiern produziert Paco im Sommer auch Kompost. Die Hackschnitzel aus dem Hühnerauslauf und der Mist aus den kleinen Ställen ergeben einen wertvollen Dünger, den seine Kolleg\*innen gerne für das eigene Land nutzen, wodurch sie auf synthetisch produzierte Nährstoffe verzichten können. Auf einer benachbarten Parzelle mit aufgelaufenem Getreide ist die Wirkung des Kompostes deutlich zu erkennen: Der mit Kompost gedüngte Teil ist trotz der winterlichen Trockenheit deutlich grüner als der Teil, der mit herkömmlichen Düngern behandelt wurde. Die Campesinxs können diesen Aufwuchs an ihre Kuh oder den Ochsenvorfüttern.

## Für eine Zukunft auf dem Land

Paco hofft, dass junge Indigene seinem Beispiel folgen und auf dem Land leben und arbeiten. Er hofft, dass sie gemeinsam in Richtung Ernährungssouveränität gehen und die übrigen Menschen mitreißen. Dass sein Nachbar im letzten Sommer den ersten eigenen Kompost aufgesetzt hat, wertet er als einen Schritt in die richtige Richtung.

Elisabeth Freesen,  
AbL-Vorsitzende auf Reisen



Hühnerhaltung in Mexiko

Foto: Freesen

## „Wir sind das Investitionsrisiko!“

Druck auf Investor von Sondergebiet Logistik im hessischen Neu-Eichenberg

In der Nacht vom 25. Januar 2019 errichteten KlimaaktivistInnen ein circa acht Meter hohes Dreibein (Tripod) auf dem geplanten Baugelände für das Sondergebiet Logistik in Neu-Eichenberg. Eine Person begab sich auf das Gerüst aus Holzstämmen und verhinderte so eine Räumung. Durch diese Aktion protestierte die AktivistInnen-Gruppe gegen den Verkauf von 80 Hektar Ackerfläche und den geplanten Bau eines Logistikgebietes. Die Blockade reiht sich ein in eine Vielzahl von bunten Protestaktionen, die an diesem Tag von der BürgerInneninitiative für ein lebenswertes Neu-Eichenberg angekündigt worden waren. Sie alle wenden sich sowohl an den Gemeinderat mit der Forderung, das Projekt zu stoppen, als auch an den Investor Bensheimer Dietz AG mit der Forderung, sich zurückzuziehen. Durch diese vorerst symbolische, zwölf Stunden andauernde Blockadeaktion wollten die AktivistInnen ihre Entschlossenheit deutlich machen, sich mit kreativen Protestformen dem Bau eines Logistikgebiets in den Weg zu stellen. Sie kündigten weitreichende Aktionen des zivilen Ungehorsams an, falls keiner der Akteur-

Innen die Pläne fallen lässt. Als Teil der rasant wachsenden Klimagerechtigkeitsbewegung fordern die jungen AktivistInnen die EntscheidungsträgerInnen unter anderem durch Aktionen des zivilen Ungehorsams dazu auf, Schritte einzuleiten, um die drohende Klimakatastrophe abzuwenden. Die Bewegung setzt sich gegen soziale Ungerechtigkeit ein und fordert „Systemwandel statt Klimawandel“. Auch AbL und insbesondere jAbL haben zu dieser Thematik eine von insgesamt 149 Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 13, Sondergebiet Logistik, in Neu-Eichenberg verfasst und an die Gemeindevertretung übergeben. Darin heißt es unter anderem mit einem Verweis auf das Hessische Bodenschutzgesetz: „Als bäuerliche Interessensvertretung für eine zukunftsfähige und umweltfreundliche Landwirtschaft sind wir konfrontiert mit einer zunehmenden Flächenversiegelung, die deutschlandweit derzeit bei täglich über 60 ha liegt. Ein Beispiel in Zahlen: Die durchschnittliche Betriebsfläche in Deutschland liegt bei 56 ha. Das bedeutet, jeden Tag geht mehr als die Fläche eines Betriebes mit Durchschnittsgröße verloren! Für



Weithin sichtbares Zeichen gegen Flächenverbrauch in Neu-Eichenberg

Foto: jAbL

uns bedeutet das eine deutliche Verknappung unserer Arbeitsgrundlage, einhergehend mit massiv steigenden Pacht- und Kaufpreisen für Ackerland. Von 2007 bis 2015 hat sich der durchschnittliche Kaufwert der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland von 9.205 Euro auf 19.576 Euro pro Hektar verdoppelt. Kleinen und mittleren Betrieben sowie Pachtbetrieben und

insbesondere jungen Bäuerinnen und Bauern wird dadurch der Zugang zu Land enorm erschwert. [...] Die AbL und die jAbL fordern Sie deshalb auf, erneut mit der Hessischen Landgesellschaft zu verhandeln und nicht Ihre Gemeinde und derart fruchtbares Ackerland auf Kosten von Natur und Umwelt zu opfern.“

Eva Imrecke, jAbL

## Einsatz für konzernunabhängige Landwirtschaft

KWS-Aktionärsversammlung im vergangenen Dezember in Einbeck

Zur Aktionärsversammlung der KWS machten wir uns zu dritt aus Witzenhäusern auf den Weg nach Einbeck. Zunächst wurde dort ein sehr ausführlicher Geschäftsbericht vorgestellt und einige Veränderungen der Unternehmensstrukturen angekündigt. Während dieser langen Präsentation wurde uns erst in aller Konsequenz bewusst, um welche Dimensionen es sich bei der KWS handelt. Die Geldbeträge, um die es geht, lassen einen Witzenhäuser Studenten wirklich staunen. Nach jenem Geschäftsbericht folgte eine offene Diskussionsrunde, an der sich jede/r AktionärIn mittels eines zuvor angemeldeten Redebeitrages beteiligen konnte.

Genau das tat Xenia Brand, die sich als Studentin für Ökologische Landwirtschaft und Mitglied der jAbL vorstellte, mit einigen kritischen Fragen. Sie wandte sich mit Themen aus der Gentechnik direkt an die Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrats. Auf die von ihr genannten Punkte wurde (mal mehr, mal weniger ausführlich) eingegangen. Verwundert hat uns die Antwort zur gesellschaftlichen Akzeptanz neuer Gentechnikverfahren: Laut KWS sind jene Techniken gesellschaftlich gewollt. Wirft man allerdings nur einen kurzen Blick auf die Website des Unternehmens, kann man lesen, dass es Rechtfertigungsbedarf seitens der KWS

gibt. Bei der Frage, wie die KWS mit dem im Juli 2018 beschlossenen Gerichtsurteil des EuGH zu den neuen Gentechniken umgehe, war die überraschend direkte Antwort, die Forschung und Produktion einfach weiter ins Ausland zu verlagern. Generell war der Tonus eher abgeklärt, man sah keine Notwendigkeit für Rechtfertigung oder gar Einsicht. Auch zum Thema Klimawandel konnte natürlich mit CRISPR argumentiert werden. Es wurde gesagt, dass die Anforderungen an die moderne Pflanzenzucht immer komplexer würden. Dadurch entstehe eine Notwendigkeit für Methoden wie die Genschere in der Zucht.

Zum Schluss wurden wir dann noch zu einer Besichtigung des Züchterhauses eingeladen, um uns zu informieren. Insgesamt waren die Antworten des Vorstandes nicht weiter verwunderlich für uns. Schön war auf jeden Fall, dass wir beim anschließenden Mittagessen von ein paar AktionärInnen angesprochen wurden, die froh über Xenias kritische Äußerungen waren und es gut fanden, dass wir uns für eine konzernunabhängige, gentechnikfreie Landwirtschaft einsetzen.

Anna Rolletter, jAbL

# Treffen auf dem Vulkan

Die Abl Hessen traf sich im Vogelsberg

**A**nfang März trafen sich die Mitglieder der Abl Hessen auf dem Hof von Nick Hampel in Schotten. Gekommen waren ca. 50 Bäuerinnen und Bauern, um sich über Möglichkeiten einer emissionsärmeren Gülleausbringung auch ohne aufwendige Technik mit Schlepplschläuchen oder Schlitzgeräten sowie zum Einfluss der Landwirtschaft auf den Klimawandel zu informieren. Peter Hamel berichtete von seinen Versuchen zur Stickstoffminimierung direkt im Stall. Hierzu setzt er ein Gemisch aus Gesteinsmehlen, Leonardit und Pflanzenkohle ein, das schon im Stall der Gülle zugegeben wird. Seine Erfahrungen mit dieser Art der Stickstoffbindung, die offenbar durch die Struktur und die dadurch große Oberfläche des Leonardits bewirkt wird, sind durchweg positiv. „Sogar Kunden, die zu uns auf den Hof kommen, sprechen mich darauf an, dass es im Stall gar nicht mehr nach Ammoniak riecht“, berichtet Hamel. Damit seine Erfahrungen jetzt auch zu einer möglichen Ausnahme einer zukünftig vorgeschriebenen bodennahen Ausbringung werden können, sind jetzt Untersuchungen in einem Verbundprojekt zwischen dem Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen und dem Institut für Ökologischen Landbau der Justus-Liebig-Universität in Gießen angelaufen. In einem zweiten Vortrag berichtete Prof. Dr. Andreas Gättinger, Leiter der Professur für Ökologischen Landbau

mit dem Schwerpunkt nachhaltige Bodennutzung an der Universität Gießen, von den Zusammenhängen und dem Einfluss der Landwirtschaft auf das Klima. Der Tierhaltung, insbesondere der Rinderhaltung, kommt demnach bei der Entstehung von Treibhausgasen eine besondere Rolle zu. Aber auch der Einsatz von mineralischem Dünger und die Trockenlegung von Moorböden leisten einen maßgeblichen Beitrag zum Entstehen von klimaschädlichen Gasen. Wege zu einer klimaschonenden Landwirtschaft sind immer mit einer Reduktion der Intensität der Wirtschaftsweise verbunden. Eine zentrale Rolle kommt allerdings nicht der Landwirtschaft,

sondern den Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung zu. Eine tendenziell stärker pflanzliche Ernährung und weniger Fleisch würden hier einen großen Beitrag leisten.

Bei der Führung über den Hof, auf dem extensiv Bio-Rinder gehalten werden, stellte Nick Hampel vor allem zwei Besonderheiten heraus. Zum einen haben seine Frau und er sich entschieden, ein eigenes Schlachthaus zu bauen, um den Tieren weite Transportwege zu ersparen. In einer Fangbox werden die Rinder mit dem Traktor bis an den Stall gefahren und geschossen. „Das funktioniert ganz ohne Stress für das Tier“, so die Erfahrung von Ham-

pel. Die zweite Besonderheit steht im Maschinenschuppen: ein Doppelmesserschmetterlingsmäherwerk. Das gesamte Mäherwerk kann Hampel aufgrund seines geringen Gewichts in der Fronthydraulik fahren. Der Leistungsbedarf liegt deutlich unter dem herkömmlicher Scheibenmäherwerke und auch das Arbeiten ist angenehmer, weil der Schlepper im mittleren Drehzahlbereich deutlich leiser ist. Weniger Verbrauch, geringerer Bodendruck und ein insektenschonender Schnitt, so das praktische Beispiel für eine klimaschonende nachhaltige Landwirtschaft an diesem Tag mn



Aufmerksame Zuhörer beim Vortrag von Peter Hamel auf der MV der Abl-Hessen

Foto: Nürnberger

# Umwelt- und Klimaschutz nicht allein den Bauern aufbürden

Abl NRW diskutiert auf Mitgliederversammlung Düngeproblematik

**A**uch auf der Mitgliederversammlung des Abl-Landesverbandes in Lindlar im Bergischen Land war ein zentrales Thema der umstrittene Umgang der Politik mit der Nitratbelastung des Grundwassers und den sich daraus ergebenden harschen Vorgaben auf EU-Ebene. Bislang läuft alles auf teure technische Lösungen hinaus. „Wir wollen den Bauern vor Ort helfen und zeigen deshalb eine alternative und erfolgreiche Methode“, so Abl-Landesvorsitzender Bernd Schmitz, der selber Milchbauer ist. „Klimagase zu verhindern, ist nicht erst nach dem Dürresommer unsere Pflicht als Bauern.“

„Die Lösung muss nicht immer teure Technik sein“, stellte Dr. Peter Hamel bei der Jahresversammlung der Abl NRW vor der interessierten Zuhörerschaft fest. Dr. Peter Hamel, selber Milchlandwirt aus Hessen, macht seit zwanzig Jahren Versuche zur Mist- und Güllebehandlung. „Der aktivste Klimaschutzbeitrag ist aber die Weidehaltung, denn dort gibt es fast Null an Emissionen aus Kot und Harn, der abgesetzt wird“, so der Referent. Peter Hamel, selber langjähriges Abl-Mitglied. Er machte konkrete Vorschläge für den § 6 Abs. 3 der neuen Düngeverordnung, in dem die Länder spezifische

Regelungen zu alternativen Gülleverfahren zulassen dürfen. Die Abl NRW will sich im Nachgang für eine Prüfung und Zulassung solcher Verfahren, wie das von Hamel vorgestellte, bei der Landesregierung einsetzen und so aktiv etwas für die Bauern tun sowie zum Umweltschutz beitragen. Wenn dieses Verfahren zugelassen wird, könnten vielen Landwirten die teuren Ausbringungsgeräte, die ab 2020 angeschafft werden müssen, erspart bleiben. „Man muss schon viel Milch oder Fleisch zu viel höheren Preisen verkaufen können, um diese kostenintensiven Investitionen wieder reinzuholen“, so ein anwe-

sender Milchbauer. Abl-Landesvorsitzender Schmitz macht sich Sorgen, dass die Bauern ihre Pflicht tun, aber die Landesregierung lieber Flughäfen ausbaut und so nicht nur wertvolle Flächen verbraucht, sondern auch aktiv zur Klimaerwärmung durch vermehrten Flugverkehr beiträgt. „Wir werden als Bauern diese Problematik aktiv angehen, fordern aber auch die Bevölkerung auf, dass jeder seinen Teil zur Erreichung der lebensnotwendigen Klimaziele beiträgt.“

Abl-NRW

# Vehementer Widerstand gegen Düngeverordnung

Auch AbL Bayern diskutiert Ammoniak, Klima und teure Technik

**A**uch schon vor den neuerlichen Verschärfungen bei der Düngeverordnung sorgte das Thema für reichlich Gesprächsbedarf und Unmut bei Bauern und Bäuerinnen. Die Mitgliederversammlung der AbL Bayern mit rund 100 Teilnehmern nahm einen gerade in Süddeutschland besonders kritisierten Punkt – die verpflichtende Umstellung auf Schleppschlauchtechnik – in den Fokus. Nicht nur ist eine Verschärfung des Strukturwandels durch die teure Technik zu befürchten, auch im Hinblick auf Futterqualität und Klimarelevanz gibt es Kritik. „Emissionsmindernde Güllebehandlung statt Schleppschlauchtechnik – klimaschonendere Alternativen der Gülleausbringung“, so der Titel des ersten Vortrags von Dr. Peter Hamel, Landwirt und Agrarwissenschaftler in Hessen. Hamel stellte seine Maßnahmen zur Reduzierung der Ammoniakbelastung vor. Er behandelt die Gülle schon im Stall mit einer Mischung aus Gesteinsmehl, Pflanzkohle und Leonardit – eine huminsäurehaltige Weichbraunkohle. Diese Gülleveredlung bringt nach überschlüssigen Messungen eine Ammoniakreduktion von insgesamt 80 Prozent sowohl im Stall als auch bei der Lagerung und der Ausbringung. Die teure Schlitztechnik bei der Ausbringung bringt hingegen nur bestenfalls 80 % bei der Ausbringung. Somit ist das Gülleveredlungsverfahren, so Hamels Schlussfolgerung, den technischen Lösungen überlegen und kostengünstiger (er rechnet mit rund einem Euro pro Kubikme-

ter Gülle). Zudem reduziere das Verfahren die Nitratverlagerung und ermögliche eine Beibehaltung der bisherigen Ausbring- und Lagertechniken. Hinzu komme die Bodenverbesserung. Ein Veterinär sei bei den Messungen in Hamels Stall anwesend gewesen und sähe durch die Verbesserung des Stallklimas Vorteile im Hinblick auf die Tiergesundheit und Reduzierung der Gesundheitsrisiken der Tierhalter – Stichwort Ammoniaklunge. Peter Hamel bedauerte, dass dieses Verfahren bisher wissenschaftlich nicht anerkannt ist. Deshalb würden ab 2020 teure Verfahren, zum Beispiel die bodennahe Gülleausbringung mit Schlitztechnik oder das Anbringen von Hauben über Güllelagern, verlangt. Durch diese Ausbringverfahren entstehe das extrem klimaschädliche Lachgas und die Bodenfruchtbarkeit werde, beispielsweise durch die starke Bodenverdichtung, beeinträchtigt. Die Düngeverordnung bietet mit Paragraph 6 (3) die Möglichkeit, Verfahren, wie sie Peter Hamel praktiziert, anzuerkennen und einzusetzen, dafür müssen sie wissenschaftlich bestätigt sein.

## Technische Lösungen

Dr. Annette Freibauer, Leiterin des Instituts für Ökologischen Landbau, Bodenkultur und Ressourcenschutz der bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) erläuterte in ihrem Vortrag, dass Leonardit auch bei ihren Versuchen eine Rolle spielen werde. Sie stellte die geplanten Forschungsaktivitäten der LfL zur Gülleausbringung mit Schleppschuh, Schleppschlauch und Injektion vor. Diese Versuche würden in 20 Varianten auf 80 Parzellen am Spitalhof bei Kempten durchgeführt. In einem weiteren Projekt in Franken würden Ertrag, Pflanzenbestand und die Futterqualität bei unterschiedlicher Gülledüngung sowie die Gülleveredlung untersucht. Die Einbeziehung des Möscha-Verteilers sei geplant, bisher stehe aber noch kein Gerät für die Ausbringung auf den nur zwei Meter breiten Testparzellen zur Verfügung, was bei den anwesenden Bauern und Bäuerinnen auf Unverständnis stieß. Zur Gülleveredlung liege als vorläufiges Zwischenergebnis der Laborversuche vor, dass die Güllezusatzstoffe zwar sicher den Geruch reduzierten, aber nur eine Ammoniakreduktion von 10 bis 20 Prozent erreichen, nur die Ansäuerung mit Schwefelsäure erreiche eine starke Reduzierung. Freibauer sagte aber zu, dass bei der Auswahl der Güllezusätze für die Versuche auch Rücksprache mit der Praxis genommen werde. Sie betonte, dass alternative Verfahren 40 bis 60 Prozent Ammoniakminderung bringen müssten, um politische Relevanz zu erfahren. Von Seiten der Politik sei es wahrscheinlich, dass der Gülleveredlung nur zusammen mit der bodennahen Ausbringung als alternativem System zugestimmt werde. Bei den Erhebungen könnten, so Freibauer, Lachgasemissionen nicht gemessen werden, weil die erforderliche Technik zu teuer

sei. Mit Saalapplaus wurde die Äußerung eines Bauern bedacht, der hierzu sein Unverständnis äußerte, angesichts der teuren Anschaffungskosten, die Bauern und Bäuerinnen für die neue Ausbringungstechnik leisten sollten.

sei. Mit Saalapplaus wurde die Äußerung eines Bauern bedacht, der hierzu sein Unverständnis äußerte, angesichts der teuren Anschaffungskosten, die Bauern und Bäuerinnen für die neue Ausbringungstechnik leisten sollten.

## Unerwarteter Unmut

Dass die bodennahe Gülleausbringung vor allem beim Grünland umstritten ist, zeigte die folgende Diskussion. Unter den Anwesenden war auch die Allgäuer Gruppe, die eine Petition an den Landtag eingereicht hat. Sie befürchtet bzw. beklagt eine Verschmutzung des Futters. Die Güllewürste lägen am Boden und könnten nicht verrotten, die Lebensmittelsicherheit sei gefährdet. Hinzu kämen die hohen Kosten für die aufwändige Schlitztechnik, abgesehen davon, dass diese schweren Güllefahrzeuge den Boden verdichten. Bei überbetrieblicher Ausbringung und in Güllegemeinschaften sei außerdem der so wichtige richtige Zeitpunkt kaum einzuhalten. Auf das von der Bioland-Gruppe Franken erstellte kritische Positionspapier wies AbL-Mitglied Jens-Martin Keim hin. Der Wunsch sei, dass die LfL auf die über 50 aufgelisteten Probleme eingehe und im Dialog nach vernünftigen Lösungen gesucht werden solle. Frau Freibauer erklärte, dass Wissenschaft und Politik doch überrascht wären vom vehementen Widerstand der Bauernschaft.

*Andrea Eiter,  
AbL Bayern*

## Bestellcoupon

Ich bestelle:

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de)

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe**  2019 Schwerpunkt: Landwirtschaft für Europa 24,00 Euro  2018 Schwerpunkt: Globalisierung gestalten 10,00 Euro, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de) bzw. [www.kritischer-agrarbericht.de](http://www.kritischer-agrarbericht.de)

### Das wahre Landleben!

#### Bücher:

- ... 10,00 € - Wir Bauern sind anders
- ... 9,80 € - Sechs Wochen auf der Scholle
- ... 11,00 € - Bauernparty
- ... 11,00 € - Nützt ja nix
- ... 11,00 € - Schubkarrenrennen
- ... 11,90 € - Der Wollmützenmann
- ... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- ... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

#### CD:

- ... 10,00 € - Einmal Bauer immer Bauer
- ... 10,00 € - König Silo
- ... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- ... 10,00 € - Ein Bauer erzählt

Bitte Adresse einsetzen:

- ... 9,50 € - live im Lutterbecker
- Bodenpolitik in Ostdeutschland**
- ... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- ... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

#### Aktuelle Broschüre

- ... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

#### Hofschilder und Poster

- ... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... je zzgl 5,50 € € Versand

#### Junge Landwirtschaft:

- ... 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- ... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de), oder

AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen & Veranstaltungen

Hof und Arbeit

• **Bestehende Arbeitsgemeinschaft** von 10 Menschen freut sich auf Mitgestalter\*innen mit Verantwortungsgefühl. [www.lindenhof@eilum.de](http://www.lindenhof@eilum.de)

Messe für Technik und Natur



**IHR EXKLUSIVER VORTEILSRABATT**  
als Leser der „unabhängigen Bauernstimme“

Sie erhalten **2,00 EUR** Rabatt gegen Vorlage dieses Coupons für ein Ticket an der Tageskasse\*

\* Diese Ermäßigung gilt nur für den vollen Erwachsenen-Tageskassenpreis. Ermäßigungen sind nicht kombinierbar.



**29. - 31. März**  
**MESSE OFFENBURG**  
[www.forst-live.de](http://www.forst-live.de)



**Frühjahrstagung - Landesverband Niedersachsen/Bremen**

17.03.2019, 10.00 - 17.00 Uhr

**Agrar-„Sozial“-Versicherung**  
**Die Lücken werden größer!**

Ende der Hofabgabeklausel und Verpflichtung zur Krankenversicherung, Renten, die besonders für Pachtbetriebe nicht ausreichen, Ungewissheit bei der Weiterentwicklung der Rentenversicherung und fehlende finanzierbare Alternativen für eine Alterssicherung, keine ausreichende Betriebshilfsdienste... – Die Liste der Brennpunkte wird größer. **Frau Iris Flentje, sozio-ökonomische Beraterin der Landwirtschaftskammer** aus ihrem Beratungsalltag. Danach werden wir diskutieren, welche politischen Forderungen sich aus dieser Situation ergeben.

• Anschließend Mitgliederversammlung  
Ort: Gasthaus zur Mühle, Hauptstr. 20, 27313 Dörverden-Westen  
Da wir Anzahl der Essen bestellen müssen, bitte rechtzeitig kurze Rückmeldung an [AbL Niedersachsen/Bremen](mailto:abl-niedersachsen.de): [info@abl-niedersachsen.de](mailto:info@abl-niedersachsen.de)



**Jahresmitgliederversammlung Landesverband Baden Württemberg**

31.03.2019, 10.00 - 16.00 Uhr

**Bäuerliche Interessenvertretung in Zeiten von Globalisierung und Bio im Discounter**

• Podiumsdiskussion zum 30. Geburtstag des AbL-Landesverbandes Baden-Württemberg mit den Gründungsmitgliedern Wolfgang Reimer und Anneliese Schmech, sowie Mareike Artlich (junge AbL) und Hans Möhrle (EZO Süd)  
• Bericht von den Aktivitäten des AbL-Bundesverbands, Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer  
• Mittagessen  
• Mitgliederversammlung mit Berichten und Vorstandswahlen  
Ort: Gasthof Sonne, Taiffinger Str. 17, 71083 Herrenberg-Gültstein  
Gäste sind herzlich willkommen!

**AbL-Regionalgruppe Bayerisch-Schwaben**

08.03.2019, 20 Uhr, Fischach  
Einsatz von Pflanzkohle in der Landwirtschaft – Tierwohl, Boden- und Klimaschutz, Güllebehandlung. Vortrag und Diskussion mit Dr. Stefan Thiemann, Biomassehof Allgäu.  
Gasthaus Traube, Augsburgener Straße 6, 86850 Fischach

**Regenerativer Gemüseanbau**  
7.-10.03. & 21.-24.03.2019

Grundlagen des Regenerativen Gemüsebaus und den Aufbau & Betrieb des Market Garden Systems.  
Ort: Gärtnerei Tempelhof - Tempelhof 3, 74594 Krefberg, Mehr Infos & Anmeldung [www.diezukunftsbauern.de](http://www.diezukunftsbauern.de)

**GAP, Düngeverordnung...**

11.03.19, 19.30 Uhr, Herrieden  
Wie geht es weiter mit der Landwirtschaft- GAP, Düngeverordnung usw.. Referenten Hubert Bittlmayer, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Wolfgang Kerwagen Behördenleiter AELF Ansbach.  
Ort: Herrieden Schernberg, Gasthaus Bergwirt

**Bodenkurs Gemüsebau**

12.03/13.03.2019, Oberhavel  
Jahreskurs zur Umsetzung der Regenerativen Landwirtschaft mit Dietmar Näser.  
Infos, Anmeldung, weitere Termine [biokraeuterei.de](http://biokraeuterei.de), [gruenebruecke.de](http://gruenebruecke.de)

**Weidehaltung**

13.3.2019, 19.30Uhr, Westerstede  
Weidehaltung muss in Europa Zukunft haben! Vortrag Prof. Dr. Hubert Weiger, Bundesvorsitzender des Bund e.V.. Anschließend Podiumsdiskussion mit Politikern aus SPD, CDU, GRÜNEN, FDP, LINKEN und Publikumsbeteiligung.  
Ort: Jaspershof, Zum Stiftungspark 27 (Navi: Seggeriedenweg 2), Westerstede

**SIGÖL e.V.**

14.03.2019, 9-17 Uhr, Bad Dübener  
Fortbildungskurs der Sächsischen Interessensgemeinschaft Ökologischer Landbau e.V.  
Ort: Heide Spa Hotel & Resort, Bitterfelder Straße 42, 04849 Bad Dübener

**Landwirtschaft u. Klimawandel**

20.-21.03.2019, Darmstadt  
KTBL-Fachtagung  
[www.ktbl.de](http://www.ktbl.de)

**Protestaktion am Patentamt**

27.03.2019, 11 Uhr, München  
Über 20 Organisationen rufen zu einer gemeinsamen Protestaktion am Europäischen Patentamt (EPA) auf. An diesem Tag trifft sich der Verwaltungsrat des EPA, in dem die 38 Vertragsstaaten vertreten sind. Auf der Agenda: Patente auf Pflanzen und Tiere aus herkömmlicher Züchtung. Zu den Beratungen des Verwaltungsrates ist nur die Industrie eingeladen. Die Organisationen wollen mit ihrem Aufruf sicherstellen, dass die Interessen der Allgemeinheit nicht außen vor bleiben.

Bob van Benthem Platz 1, München

**Pellworm und die Klimaklage**

03.04.2019, 19.30 Uhr, Pellworm  
Diskussionsveranstaltung mit: Familie Backsen (Klimaklärer), Severin Pabsch (Rechtsanwalt), Ernst August Thams (Deich- und Sielverband), Rainer Borcherding (Schutzstation Wattenmeer), Anike Peters (Greenpeace), Alexander Nauels (Climate Analytics).  
Danzsool, Pellworm

**Saatgutfestivals**

[www.nutzpflanzenvielfalt.de/termine](http://www.nutzpflanzenvielfalt.de/termine)

**Mitgliederversammlung Regionalgruppe Oberland**  
20.03.2019, 20.00 Uhr

**Recht auf Nachbau**

Referent: Georg Janßen, AbL Bundesgeschäftsführer  
Weiteres:  
- Rückblick  
- Neuwahlen  
- Wünsche und Anträge  
Ort: Gasthaus Sonne Hauptstr. 92, 82380 Peißenberg



**11. Bauernwallfahrt nach Altötting**  
**HEIMAT- Mach was draus: Sei Zukunft**

Sonntag, 07. April 2019 um 11.30 Uhr

Gottesdienst in der Basilika Sankt Anna mit **Bischof William Ernesto IRAHETA RIVERA** aus El Salvador, Gast von Misereor, **Pfarrer Michael Witt** und **Martin Winkelbauer als Heiliger Gunther**.

Segnung von Tieren und Heilkräutern durch den **Stiftspropst Günther Mandl**, Administrator der Gnadenkapelle und **Pfarrer Klaus Göpfert**, Evangelische Kirche "Zum Guten Hirten".  
Musik: Singkreis Asten und die Blasmusik der Bauernwallfahrt

Gemeinsames Mittagessen im Gasthof Zwölf Apostel in Altötting, anschließend unterhaltsamer Nachmittag mit dem Bauern **Martin Winkelbauer vom Landvolktheater Halsbach**.



**Einladung zum Frauen\*-Treffen**

08. - 10.03.2019 Meuchefitz, Wendland

Aus dem Programm:

**Freitag: ab 14 Uhr:** Ankommen  
• 16 Uhr: Workshop Teil 1: Kennenlernen und Fragenentwicklung rund um das Thema Frauen\* in der Landwirtschaft  
• 17.30 Uhr Vortrag von Carla Wember zu feministischer Ökonomiekritik in Bezug auf Agrarstruktur, Besitzverhältnisse und Anerkennung landwirtschaftlicher Arbeit

**Samstag:**  
• 9.30 – 17.00 Uhr Höfetour zu drei Betriebsleiter\*innen  
• 20 Uhr Autor\*innenlesung

**Sonntag:**  
• 9 – 11 Uhr Workshop Teil 2: Worldcafé zu den gemeinsam erarbeiteten Fragestellungen  
• 11 – 12.30 Uhr Ausblick der weiteren Vernetzung, Abschlussrunde, ansl. gemeinsames Mittagessen und Abreise

Kosten: 30,- € Unterkunft, Ausgaben für Essen & Trinken unterwegs müssen selbst getragen werden. Es wäre toll, wenn jede Teilnehmer\*in etwas für die gemeinsamen Mahlzeiten mitbringen würde!  
Ort: Gasthof Meuchefitz, Meuchefitz 19, 29482 Küsten

Anmeldung bis zum 04. März 2019  
unter: [frauenabl@gmail.com](mailto:frauenabl@gmail.com)



Aufruf zur Wir haben es satt!-Demonstration am 23. März 2019 in Oldenburg

**Bauernhöfe fördern und erhalten – Stadt und Land Hand in Hand**

Für eine bäuerliche Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung, für faire Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Beteiligten, für Klima- und Umweltschutz und gutes Essen!

**Wir fordern Vorrang für bäuerliche Landwirtschaft!**

- Subventionen nur noch für umwelt- und klimaschonende Landwirtschaft!  
- Öffentliche Gelder nur noch für artgerechte Tierhaltung mit Auslauf, Stroheinstreu und Weidegang!  
- Mehr Unterstützung für kleine und mittlere Betriebe, die gute Lebensmittel für uns alle erzeugen!

Sei dabei, wenn wir dafür mit vielen Unterstützer\*innen gemeinsam demonstrieren.  
Wir fordern den Umbau der Landwirtschaft und der gesamten Ernährungswirtschaft:  
Wir haben Agrarindustrie satt – Essen ist politisch!

**Demonstration: 23. März 2019 | 11 Uhr | Auftakt Bahnhofsvorplatz | Oldenburg**

Veranstalter: Agrarbündnis Niedersachsen – vielfältig, bäuerlich, fair

# Milchtagung 2019

Montag, 11. März, 9.30 bis 16.30 Uhr, Katholische Landvolkshochschule „Anton Heinen“ Hardehausen, , Abt-Overgaer-Straße 1, 34414 Warburg

- Begrüßung** durch Josef Jacobi, AbL, Vorsitzender der Upländer Bauernmolkerei
- NGO, LEH, Molkereien**  
Martin Hofstetter, Agrarexperte und Political Advisor bei Greenpeace Deutschland
- Weidemilch ist gefragt: Wie setzen Bauern und Molkereien das praktisch um?**  
Sven Lorenz, Upländer Bauernmolkerei
- Stallhaltung und Weidehaltung im Vergleich**  
Talea Hannegret Becker, Doktorandin Georg-August-Universität Göttingen
- Bedeutung von Klauenerkrankungen und neue Ansätze zu ihrer Vermeidung**  
René Pijl, Klauenpfleger/Meister und Publizist
- Mit dem Rücken zur Wand! Unter welchem immensen Druck stehen Milchbäuerinnen und Milchbauern?**  
Steffen Rothe, Leiter für den Bereich Agrar der VR Bank Nord
- Soziale Situation auf den Milchviehbetrieben - Erfahrungen aus der täglichen Arbeit der Landwirtschaftlichen Sorgentelefone**  
Irmgard Hüppe, LFB Bistum Münster und Ulrich Oskamp, Kath. Landvolk Bewegung
- Praktische Umsetzung der Düngeverordnung auf Grünland Hintergründe und Versuche an der LfL in Bayern**  
Dr. Michael Diepolder, Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL), Institut für Ökologischen Landbau, Bodenkultur und Ressourcenschutz.
- CETA und Co. Die neuen Handelsabkommen und ihre Folgen für bäuerliche Milch-wirtschaft hier und im Globalen Süden – Was können wir tun?**  
Berit Thomsen, Referentin für Internationale Agrarpolitik, AbL
- Bundesweite Kooperationsveranstaltung: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) und Universität Kassel

## Impressum

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.  
**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220  
 Claudia Schievelbein: 02381-492289  
 FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;  
**Druck:** küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

## AbL Bundeskontakte

**Bundesgeschäftsstelle:**  
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

**junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:**  
Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzgenhausen, junge-abl@abl-ev.de

**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:**  
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

**Interessengemeinschaft Ostdeutschland:**  
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

**Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken**  
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

**Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:**  
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

**Internationale Agrarpolitik:**  
Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de

**Saatgut: Vielfalt in Bauernhand, Projekt der AbL-NRW**  
Svenja Holst, Tel: 02381/9053170, holst@abl-ev.de

## AbL Mitgliedsantrag

## Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 109,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 144,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 54,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 79,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:  
 30,-€    50,-€    70,-€

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Nachname, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

## AbL Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

**Geschäftsführung:**  
Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, schleswig-holstein@abl-ev.de

### Niedersachsen

**Geschäftsstelle:** Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393; info@abl-niedersachsen.de  
**Landesverband:** Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de  
**Wendland-Ostheide:** Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de  
**Heide-Weser:** Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de  
**Elbe-Weser:** Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com  
**Südnieds.:** Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

**Mecklenburg:** Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;  
**Brandenburg:** Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

### Nordrhein-Westfalen

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, nrw@abl-ev.de  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
**Herford:** Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575  
**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
**Niederrhein:** Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
**Gentechnik:** Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657  
**Westmünsterland:** Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

### Hessen

**Geschäftsstelle:** Friederike Seebach, Mobil: 0160/99543305, hessen@abl-ev.de  
 Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, hessen@abl-ev.de  
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de  
 Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

### Rheinland-Pfalz und Saarland

**Landesverband:** Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

### Baden-Württemberg

**Geschäftsstelle:** Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de  
**Bodensee:** Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de  
**Oberschwaben:** Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

### Bayern

**Landesverband:** Gertraud Angerpointner, Tel.: 08656 393, fuermannalm@web.de; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654, bioschmid@t-online.de  
**Geschäftsstelle:** Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de  
**Chiemgau-Inn Salzach:** Georg Planthaler, fuermannalm@web.de; Tel. 08656/393  
 Rita Huber; Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de  
**Land an Rott und Inn:** Margarete Stoiber, Tel. 08536/91091; Fax 08536/919782, margaretestoiber@t-online.de;  
**Allgäu:** Geschäftsstelle Michael Finger; Tel. 08322/1329; ablallgaeu@gmx.de,  
**Oberland:** Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de,  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
**Franken:** Isabella Hirsch, Telefon: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de,  
**Erding-Ebersberg:** Rosi Reindl Tel. 08093- 905575, rosi\_reindl@gmx.de;  
**Bayerisch-Schwaben:** Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de,

### Thüringen

**Thüringen:** Reiko Wöllert (Landesgeschäftsführer), Auf der Burg 11, 99869 Haina, Tel: 036254/78024, mitteldeutschland@abl-ev.de; Michael Grolm, Tel.: 0361 – 21847159, Linderbacherstraße 12- u. 14, 99098 Erfurt-Bußleben, m.grolm@gmx.de

### Sachsen-Anhalt

Claudia Gerster, Dietrichsroda 16, 06632 Balgstädt, Tel: 034465/21005, sachsen-anhalt@abl-ev.de

### Sachsen

Danilo Braun, Hauptstraße 146, 09600 Oberschöna, Tel: 01577/3987764, Email: landbau.braun@gmx.de; Stephan Kaiser, Talstr. 2b, 01723 Helbigsdorf, Tel: 035209/18477, Email: kontakt@beerenbunt.de

Ich zahle: \_\_\_\_\_ Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092  
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_  
 Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.  
 Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.abl-ev.de/datenschutz

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Die Kuh und das Fräulein

**B**auern und Verbraucher ins Gespräch zu bringen und die Perspektive des jeweils anderen einnehmen zu können, sind die Ziele der Veranstaltungsreihe „Echemer Dialog“. Das Landwirtschaftliche Bildungszentrum Echem (LBZ) schafft in diesem Rahmen etwa zweimal im Jahr mit Filmvorführungen, Diskussionen oder Workshops ein Forum für alle Interessierten.

Bei den jüngsten Echemer Dialog-Veranstaltungen am 31. Januar und 1. Februar in der KulturBäckerei in Lüneburg drehte sich alles um eines unserer wichtigsten Nutztierarten: die Kuh. Was ist das eigentlich für ein Tier? Wo lebt sie, was braucht sie und wie ist unser Verhältnis zu ihr? Mit ihrem Theaterstück „Bos primigenius taurus – Die Kuh“ nahm „Fräulein Brehm“ alias Barbara Geiger die Zuschauer mit in die Welt eines Tieres, das den Menschen seit Jahrtausenden begleitet. In Form eines Bildervortrags, der von fundiertem Fachwissen über Kühe, ihre Bedürfnisse und Verhaltensweisen getragen wurde, stellte Fräulein Brehm dem Publikum ein faszinierendes Tier von der Klaue bis zur Hornspitze vor. Dabei griff sie auch durchaus kritische Themen auf, die mit der modernen Haltung von Rindern einhergehen. Barbara Geiger ist Autorin, Schauspielerin und Initiatorin des Projektes „Fräulein Brehms Tierleben“. In zahlreichen Bühnenprogrammen bringt sie Wissenswertes und Kurioses über den Wolf, den Regenwurm, die Rauchschnalze und viele andere Tierarten auf die Bühne und weckt somit die Neugier auf Europas Fauna. Weitere Infos zu ihrer Arbeit unter [www.brehms-tierleben.de](http://www.brehms-tierleben.de).

com. Die jeweils 90 Gäste in der KulturBäckerei konnten im Anschluss an das unterhaltsame und inspirierende Stück bei einem Publikumsgespräch Fragen stellen und mitdiskutieren. Neben der Schauspielerin saß für das Gespräch an beiden Abenden auch ein Milchviehhalter auf der Bühne, der von seinen praktischen Erfahrungen mit Kühen berichtete. Am 31. Januar war

Thorsten Rick aus Brackede beim Publikumsgespräch auf der Bühne und am 1. Februar brachte Martin Hagemann vom LBZ Echem anschauliche Geschichten zum Verhältnis zwischen Bauer und Milchkuh ein. Das Publikum scheute sich nicht, auch kritische Aspekte wie zum Beispiel die frühzeitige Trennung von Kälbern und Mutterkuh zu hinterfragen. „Genau diese

Diskussionen wünschen wir uns, um bei Verbrauchern das Wissen um aktuelle Tierhaltung zu stärken und Landwirte weiter für die Kundenwünsche zu sensibilisieren.“ – Martina Wojahn, Geschäftsführerin des LBZ Echem, ist rundum zufrieden mit den beiden Theaterabenden. „Wir freuen uns sehr über das große Interesse an Fräulein Brehms Tierleben. Es zeigt uns, dass die Menschen sich mit Nutztieren und deren Haltung beschäftigen wollen und Freude an Austausch und Diskussionen rund um die Landwirtschaft haben. Solche Themen greifen wir in weiteren Veranstaltungen des Echemer Dialogs immer wieder auf.“

Anne Zetl, LBZ Echem

[www.lbz-echem.de](http://www.lbz-echem.de)



## **unabhängige** bauernstimme: für vielfältige Kulturen

03/2019

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (46,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 32,00 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 35,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221  
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter [www.bauernstimme.de/datenschutz](http://www.bauernstimme.de/datenschutz)

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.